

Arignès:



UB Braunschweig

84



2301-165-2

Das Verfahren  
der reformirten  
Synode Niedersachsens  
in der Streitsache  
des Herrn Pastor Geibel  
und  
der reformirten Gemeinde zu Braunschweig.

E r l ä u t e r

von

E. Hugues,  
evang. reform. Prediger in Celle und Secretair der  
Synode Niedersachsens.

---

Hamburg,  
bei August Campe.  
1832.



FRIEDR. VIEWEG & CO.  
BRAUNSCHWIG

Der Streit, welcher schon vor längerer Zeit in der reformirten Gemeinde zu Braunschweig zwischen dem Prediger und den Vorstehern derselben ausgebrochen ist und der leider einen so leidenschaftlichen Charakter angenommen hat, daß eine Ausöhnung der Partheien unmöglich und eine durchgreifende Maaßregel von Seiten der höchsten Landesregierung nothwendig erscheint, hat jetzt eine große und allgemeine Aufmerksamkeit in der deutschen protestantischen Kirche erregt und beschränkt sich mit seinen nächsten Folgen, der Aufregung der Gemüther und dem lebhaften Interesse der Besprechung, nicht mehr auf die Gränzen der Gemeinde und der Stadt, in welcher er entstanden ist. Wer die Bewegungen in der Kirche nicht mit gleichgültigem Blicke betrachtet, kann nicht anders als mit Theilnahme den Verlauf jenes Streites verfolgen und mit Spannung seinen Ausgang erwarten; handelt es sich doch darum, ob es einer Gemeinde, die aus freier Wahl einen Lehrer des Evangeliums berufen hat, zustehe, denselben wieder aus ihrer Mitte zu verstoßen, weil die Mehrzahl der Mitglieder dieser Gemeinde eine Abneigung fühlt gegen die Lehre des Geistlichen, welche von einem angesehenen Manne, der bereits ein größeres Zutrauen sich erwor-

ben hatte, als irrtümlich und gefährlich verschrieen ist. Wenn früher schon diejenige Parthei in der protestantischen Kirche, welche an den kirchlichen Symbolen hält und nach ihnen die Richtigkeit der Lehren beurtheilt wissen will, eine Aufforderung an die weltliche Macht ergehen ließ, die Lehrfreiheit zu unterdrücken und solche Religionslehrer, die nicht mehr die symbolischen Bücher als Maafstab an ihre Lehren anlegen und nach ihnen sie zuschneiden mögen, von Ratheder und Kanzel zu entfernen, so sehen wir hier eine ähnliche Aufforderung ausgehen von den, einer höhern Bildung sich rühmenden, vornehmern Gemeindegliedern zur Entfernung ihres Geistlichen, der, seinem Glauben und seiner Lehre nach, jener vielfach verschrieenen kirchlichen Parthei angehört. Nahm jener, von der evangelischen Kirchenzeitung ausgehende Versuch zur Unterdrückung der unbeschränkten Lehrfreiheit, mit Recht die Aufmerksamkeit und Theilnahme aller Genossen der protestantischen Kirche, insonderheit der Geistlichen, in Anspruch, so muß es nicht minder dieser, von dem Herrn Prof. Petri und den Vorstehern der reformirten Gemeinde zu Braunschweig wiederholte, denselben Mittel sich bedienende thun; der mehr oder minder günstige Erfolg desselben kann einen wesentlichen Einfluß auf die Feststellung der Grundsätze ausüben, nach welchen, in etwa sich wiederholenden Fällen, zu verfahren sein wird.

Schon diese Wichtigkeit der Sache könnte mich wegen meines Unternehmens: den geführten Streit unpartheisch darzustellen und seine Ursachen, wie seinen bisherigen Verlauf zu beleuchten, rechtfertigen, um so viel mehr, da die ihn behandelnden Druckschriften des

Herrn Prof. Petri \*) und des Herrn Dr. J. Geibel \*\*) nicht ohne den ausgesprochenen speciellen Zweck, auf die Stimmung der, etwa noch unpartheiischen Gemeindeglieder zu wirken, abgefaßt sind; allein um so viel mehr fühle ich mich dazu berufen, das Wort in dieser Angelegenheit zu nehmen, da mir, als Mitglied der Synode, welche der Braunschweigischen Regierung ein amtliches Gutachten über die Streitsache abzugeben hatte, vergönnt war, einen prüfenden Blick in die Verhältnisse der kämpfenden Partheien zu werfen, und von allen einzelnen Puncten des Streites genaue Kenntniß zu nehmen. Jenes oben erwähnte Gutachten der Synode \*\*\*) liegt schon dem größern Publicum im Druck vor, versehen mit streng urtheilenden und strafenden Anmerkungen des Herrn Dr. Krummacher. †) Wenn es nun gleich nicht meine Absicht sein kann, die Synode und ihr ganzes Verfahren zu rechtfertigen, da ich im Gegentheil eine, von dem Urtheil der Mehrzahl der Beisitzer abweichende Ansicht auszusprechen mich gedrungen fühlte,

---

\*) Das Christenthum in Braunschweig gegen Herrn Dr. Geibel in Lübeck und die evangelische Kirchenzeitung vertheidigt von Dr. B. F. L. Petri, Professor der alten Literatur und Mitglied des Directoriums am Herzoglichen Collegio Carolino. Ein Beitrag zur neuesten Kirchengeschichte 2c. Braunschweig bei F. Bieweg. 1832.

\*\*) Das Christenthum im Kampfe mit dem Unglauben. - Eine Erwiderung auf obige Schrift von Dr. J. Geibel, Pastor der evangelisch-reformirten Gemeinde zu Lübeck. Lübeck bei Fr. Aschenfeldt. 1832.

\*\*\*) Siehe Anlage A.

†) Bremer Kirchenbote. 1832. 76 Hest. und besonders abgedruckt Bremen bei Kaiser.

so halte ich mich doch für verpflichtet die, von den Herren Dr. Dr. Geibel und Krummacher der Synode gemachten Vorwürfe zu beleuchten, zurückzuweisen und durch triftige Entschuldigungen zu mildern. Eine getreue und actenmäßige Darstellung der Streitsache wird aber darthun, daß die meisten der von der Synode begangenen Fehler, mehr ihren Grund haben in der sehr mangelhaften Einrichtung und Form der Synodalverfassung, wie solche für die conföderirten reformirten Gemeinden Niedersachsens (d. h. in den althannöverschen Provinzen, Lüneburg, Calenberg, Göttingen, dem Herzogthume Braunschweig und dem Fürstenthume Lippe-Schaumburg) besteht, als in dem bösen Willen der Synodalglieder. In einer Zeit, wie die unsrige ist, da von so vielen Seiten her eine Veränderung der kirchlichen Verfassung, namentlich eine Aufhebung der Consistorien und eine allgemeine Einführung von Synoden, auch für die lutherische Kirche, verlangt wird, kann es nur von Nutzen sein, wenn auf die Mängel der letztern hingewiesen wird, damit man sich vor jeder übereilten Aenderung des Bestehenden und jedem vorschnellen Urtheile hüte. Geschieht es doch nur allzuleicht, daß man in solchen stürmischen Zeiten das Kind mit dem Bade verschüttet, und von einer, mit Scharffinn entwickelten Theorie geblendet, die Schwierigkeiten vergißt, die der Ausübung hemmend und störend entgegenreten! Wenn ich aber den großen Mängeln in der Geschäftseinrichtung unserer Synode einen nicht unbedeutenden Antheil an der Schuld zuschreibe, daß die Angelegenheit der Braunschweigischen Gemeinde und des Herrn Pastor Geibel eine so traurige Wendung genommen hat, so



wiederhole ich damit nur, was von den meisten meiner Herren Collegen in der Synode ausgesprochen ist, und kann ich also auch darauf rechnen, es werde ihnen nicht weniger wünschenswerth erscheinen als mir, daß das Verfahren der Synode mit gewissenhafter Treue in ungeschminkter Wahrheit dargestellt, dem Urtheile des gesammten Publikums vorliege; da überdieß eine gründliche Erörterung des Verfahrens nur dazu beitragen kann, das Werk der Umgestaltung unserer Synodalverfassung, wie es bereits von den Abgesandten der verschiedenen Presbyterien beschlossen ist, zu fördern, auf das Wünschenswerthe und Nothwendige hinzuweisen und das Unbestimmte, Schwankende oder entschieden Schädliche zu vermeiden. Dieses alles läßt mich um so zuversichtlicher hoffen, daß auch von Seiten der Synodalgenossen meine Absicht nicht verkannt und meine gewiß wohlgemeinten und keinesweges von Partheiifer eingegebenen Rügen, nicht gemißdeutet werden. Sollte dieß wider Erwarten dennoch geschehen, so muß mich das Bewußtsein trösten, daß ich nicht meine Ehre oder meinen Vortheil suche, sondern daß es mir nur darum zu thun ist der Kirche, welche ich liebe und der zu dienen ich gewürdiget bin, zu nützen und die lautre Wahrheit ans Licht zu ziehen.

Die Synodalverbindung der reformirten Gemeinden Niedersachsens besteht seit dem Jahre 1703, in welchem zuerst die Presbyterien der französisch- und deutsch-reformirten Gemeinden in Celle, Lüneburg, Hannover, Hameln, Braunschweig, Bückeburg durch Abgeordnete zu-

sammentraten, \*) eine Unionsacte \*\*) entwarfen und sich verbanden: »um die Reinheit der Lehre und des Lebens unter einander aufrecht zu erhalten,« zugleich aber angelobten: »das Glaubensbekenntniß und die Kirchendisziplin der Reformirten in Frankreich heilig und unverbrüchlich zu bewahren.« Es wurde aber dieses symbolische Buch besonders abgedruckt im Jahr 1711 zu Heidelberg, und zwar in französischer und deutscher Sprache, unter dem Titel: »Kirchenordnung und Glaubensbekänntniß der Reformirten in Frankreich zum Gebrauch der vereinigten französischen und teutschen reformirten Kirchen in den Chur- und Fürstlich-Braunschweig-Lüneburgischen und einigen umliegenden Landen« und ist dieses die, auf der ersten Nationalsynode zu Paris am 19. Mai 1559 unter der Regierung König Heinrichs II. aufgestellte, von der Nationalsynode zu Rochelle bestätigte und im Jahr 1561 zu Poissi Carl IX. übergebene Confession. Die von gänzlicher Unkenntniß der Kirchengeschichte zeugende Behauptung des Herrn Professor Petri in seiner Schrift gegen Herrn Dr. Geibel: »daß man durchaus nicht von symbolischen Büchern der reformirten Kirche reden könne,« deren weiterer Widerlegung ich überhoben bin durch die Erwiederung des

---

\*) Seit dem Jahre 1712 schloß sich die deutsch-reformirte Kirche zu Münden und seit 1754 die deutsch-reformirte Gemeinde zu Göttingen an, während die Kirche zu Lüneburg nur bis zum Jahr 1714 dem Verbande angehörte, da späterhin kein Prediger dort mehr gehalten wurde, welcher früher zugleich Hofprediger der verwitweten Herzogin von Celle war. Seit der französischen Invasion hat sich auch die Gemeinde in Hameln, wegen Mangels an Subsistenzmitteln, aufgelöst.

\*\*) Siehe Anlage B.

Herrn Dr. Geibel, wird hiedurch auch in Bezug auf die ursprünglichen Verhältnisse der reformirten Gemeinden unserer Conföderation, als durchaus ungegründet dargestellt. Daß aber diese, von den Kirchen Niedersachsens als Glaubensnorm angenommene Confession, in allen wichtigen Stücken mit den reformirten Confessionsschriften, \*) namentlich mit dem Heidelbergischen Catechismus übereinstimmt, kann jeder aus einer Vergleichung beider ersehen, und mag der Herr Prof. Petri zu jenem wunderlichen Ausspruch: » die Confession der Reformirten sei Confessionslosigkeit « wohl nur dadurch verführt worden sein, daß er es ganz übersehen hat, wie die reformirten Kirchen, in verschiedenen Ländern, unter ganz verschiedenen Regierungsformen sich ausbildend, auch natürlich mehre, der Sprache und äußeren Form, keinesweges

---

\*) Daß übrigens schon bei der Gründung der verschiedenen Gemeinden, die sich 1703 zu einer Synode formirten, auf verschiedene Bekenntnißschriften der reformirten Kirche Rücksicht genommen worden, erhellt daraus, daß die reformirte Gemeinde zu Celle auf die Dortrechter Synodalbeschlüsse verwiesen ist. Nämlich in der, vom 12. August 1699 datirten herzogl. Gnaden-Concession heißt es: » alle und jede, sowohl gegenwärtige als zukünftige Prediger und pastores ihrer Gemeinde, bevor sie ihr Amt antreten, sollen sich zu der anno 1571 zu Emden gemachten und auf dem Synodo zu Dortrecht anno 1619 approbirten und von den Generalstaaten als ein symbolisch Buch der niederländisch-reformirten Kirchen confirmirten und hernach anno 1651 im Haag abermals bestätigten Glaubensconfession, wie solche diesem unserm Begnadigungsbrieфе beigefügt ist (jedoch daß Wir sie zu dem, was Art. 18 derselben de electione fidelium absque ullo respectu und Art. 35 de modo praesentiae corporis et sanguinis Dominici in sacra edena hinzugethan wird, keineswegs obligirt oder diese passus hiedurch approbirt haben wollen) vermittelst ihres Namens Unterschrift und Untersiegelung bekennen. «

aber dem Inhalte nach, verschiedene Bekenntnißschriften aufzuweisen hat, während die symbolischen Bücher der lutherischen Kirche, die in dem deutschen Reiche ihre Vollendung empfing, unter sich zusammenhängender sind. Wie verkehrt ist es aber nicht, daraus, daß die reformirte Kirche in Frankreich, Holland, der Schweiz, England und Deutschland ihre besonderen Symbole in den verschiedenen Sprachen der einzelnen Länder aufstellen mußte, schließen zu wollen: es sei gar keine Uebereinstimmung des Glaubens und Bekenntnisses unter ihnen möglich! Haben doch unsere Vorfahren dadurch einen Beweis dieser Glaubensübereinstimmung gegeben, daß die deutschen Gemeinden diese Confession ihrer französischen Brüder als mit der ihrigen ganz übereinstimmend anerkannten \*) und bei der Unterzeichnung der Unionsacte sich nur einzelne Abweichungen von der französischen Kirchendisziplin vorbehielten.

Diese Unionsacte wurde von allen neu angestellten Predigern und Ältesten, sobald sie zu einer Synodalversammlung kamen, unterschrieben und hatte also auch in Bezug auf die Lehre bindende Kraft. Indessen wollte man in neuerer Zeit keine solche Fessel mehr dulden und so wurde im Jahr 1816, nachdem alle französischen Kirchen in der Conföderation erloschen und ihre Fonds den deutschen Gemeinden zugefallen waren, eine

---

\*) • Daß sie dadurch an den Tag legen möchten, daß die Deutschen Gemeinen mit den Französischen nicht allein in der Lehre, sondern auch in der Kirchenzucht einig sind und beide sich diesen Zweck vorgestellt haben durch dieses zwiefache Mittel die, so ihrer Seelenhut anvertrauet sind, auf den rechten Weg der Seligkeit zu führen. •

neue Unionsacte von dem damaligen Moderator Herrn Dr. Petri zu Braunschweig abgefaßt, der versammelten Synode vorgelegt, genehmigt und an die Stelle der alten gesetzt. \*) In ganz allgemeinen Ausdrücken verpflichten sich darin die Prediger und Ältesten: »nach ihren Kräften den bestehenden Verein seiner wesentlichen Einrichtung und Bestimmung nach, immer aufrecht zu erhalten, die Gerechtsame desselben sorgfältig zu bewahren, die Gesetze und Ordnungen desselben treu und gewissenhaft zu befolgen und niemals das Wohl der einzelnen Kirchen dem Gemeinwohl vorzuziehen.« Kein Wort von der Lehre oder von einem Wachen über die Reinheit derselben! — Somit bietet diese Conföderation jetzt wirklich die seltene Erscheinung dar, von mehreren, durch eine Unionsacte verbundenen Gemeinden, ohne alle Confession; eine Erscheinung einzig in ihrer Art. Doch konnte diese Confessionslosigkeit nicht ohne schmerzliche Folgen für die Conföderation bleiben, welche Folgen sich bereits bei dem Nachfolger des Verfassers jener umgestalteten Unionsacte offenbarten. Dadurch, daß man mit leichtsinniger Uebereilung den Grundstein wegriß, auf welchem die ganze kirchliche Verbindung ruhte, wurde sie in ihren Grundfesten erschüttert und selbst der, für eine gänzliche Confessionslosigkeit eifernde Herr Professor fühlt, (freilich in unerklärlichem Widerspruche mit seinen frühern Äußerungen) daß der Mangel an Bekenntnißschriften die erste Ursache des traurigen Streites in Braunschweig gewesen, indem er S. 51 seiner Schrift sagt: »ohne die leidige Unbestimmt-

\*) Siehe Anlage C.

heit der kirchlichen Bekenntnisse und bei einem schon durch den bloßen Namen erkennbaren Charakter unserer hiesigen Religionsgesellschaft, wäre es unmöglich gewesen, daß wir ohne Wissen und Willen einen Mystiker zum Prediger bekommen hätten.«

Der Heidelbergische Katechismus war indessen niemals Bekenntnißschrift der deutschen Gemeinden unserer Conföderation, hat also als solcher niemals, wie Herr Professor Petri S. 21 sagt: »außer Gebrauch gesetzt werden können,« sondern es verhält sich damit vielmehr so, wie Herr Dr. Geibel richtig ahnet. Auf der Synode zu Celle im Jahr 1799 ist, nach Aussage der Originalacte, der Heidelbergische Katechismus gar nicht genannt, sondern auf den Bericht zweier Geistlichen, denen bereits im Jahre 1788 der Auftrag geworden war, eine neue Kirchenagende und einen neuen Katechismus für die deutschen Kirchen der Conföderation zu entwerfen: »daß unübersteigliche Hindernisse der Ausrichtung dieses Auftrages im Wege gestanden« wurde beschlossen: daß jeder Prediger seine Freiheit behalten solle, eine Kirchenagende und einen Katechismus zu gebrauchen, welchen er für seine Gemeinde zweckmäßig finden würde. Diese Thatfache stellt aber Herr Prof. Petri so dar, als habe die Synode den Heidelbergischen Katechismus als Symbolum abgeschafft. Mag man doch mit Recht in allen anderen Angaben eines solchen Berichterstatters Mißtrauen setzen!

Wenn es denn nun leider nur allzugegründet ist, daß die Synode, welche im Jahre 1816 zu Braunschweig gehalten wurde, die alte Unionsacte und mit ihr die französische Confessionsurkunde für die Prediger der

Conföderation unverbindlich machte und daß der dabei anwesende Commissarius Principis, Herr Hofrath von Bülow, keinen Einspruch that, sondern durch sein Stillschweigen an den Tag legte, daß er in dieser Maaßregel keinen Eingriff in die Rechte des obersten Bischofs erkenne, so fragt es sich doch immer noch, ob die Bestimmung der Regierung vom Jahre 1708, wodurch den reformirten Confessionsverwandten in Braunschweig freier Gottesdienst daselbst zugestanden wird, nun auch ohne weiteres auf die, jedes Bekenntnisses sich entschlagende Gemeinde auszudehnen sei? — So viel aber ist gewiß, daß nachdem durch jene Aufhebung der angeführten Unionsacte von 1703, jedes gemeinschaftliche und alle Synodalmitglieder in ihren Gewissen verpflichtende Glaubensband gelöst worden, die Vereinigung der Kirchen nur als eine rein äußerliche angesehen werden konnte und von den einzelnen Mitgliedern angesehen wurde. Schon früher hatte sich die Conföderation freiwillig des Rechtes begeben, Predigtamts-Kandidaten über ihre Fähigkeiten zu prüfen, indem im Jahre 1775 der Beschluß gefaßt wurde, daß niemand auf die Predigerwahl gebracht werden dürfe, der nicht bereits als Candidat examinirt sei und darüber, von andern reformirten Kirchenbehörden, die erforderlichen Zeugnisse beigebracht habe; und wenn gleich ein, noch nicht ordinirter Candidat von dem Moderator, mit Zuziehung zweier Prediger der Conföderation, ordinirt werden sollte, so ist doch auch dieses, wegen der Entfernung der Gemeinden und wegen der daraus entstehenden Kosten, selten ausgeführt, sondern gewöhnlich dem erwählten Candidaten von dem Moderator die Erlaubniß ertheilt wor-

den, sich da ordiniren zu lassen, wo er sich aufhielt und die Zeugnisse seiner Ordination später der Synode vorzulegen. So geschah es, daß der in Braunschweig erwählte Candidat Geibel in Lübeck von seinem Vater mit Zuziehung zweier lutherischen Prediger die Amtsweihe empfing. Es konnte ihm also von Seiten der Synode keinerlei Verpflichtung über seine Lehrweise u. s. w. auferlegt werden, und er trat in den Synodalverein, ohne daß seine Synodalcollegen über seine Denkweise, seine theologische Gelehrsamkeit oder seine Glaubensansicht direct Kenntniß nehmen konnten. Den Gemeindevorstehern allein blieb überlassen, durch Zeugnisse und Nachfragen von seiner Tüchtigkeit zum Amte sich zu überzeugen; eine Einrichtung, die schon deshalb als mangelhaft sich darstellt, weil den Vorstehern als ungelehrten Nichttheologen unmöglich ein ausreichendes Urtheil über die sich meldenden Candidaten zuzugestehen ist.

Nun mußte aber, da auf diese Weise alle geistige Verbindung aufgelöst war, auch das äußerliche Band sehr schlaff und locker werden. Freilich hießen die Gemeinden noch conföderirte, freilich wurde die Synode als eine geistliche Behörde, der gleiche Autorität wie dem Consistorio der lutherischen Kirche zustände, von den Regierungen in Hannover, Braunschweig und Lippe-Schaumburg anerkannt; aber factisch war sie eine solche Behörde nicht mehr. Jede der neuern Synodalacten zeigt, wie bald von einem Prediger, bald von den Vorstehern, das eine oder andere Gesetz nicht beobachtet wurde und wie die ohnmächtigen, von der Versammlung ausgesprochenen Rügen nichts verbesserten. Die Verwaltung der gemeinschaftlichen Predigerwitwenkasse, reich-



lich fundirt in einer Zeit, wo noch kirchlicher Sinn und frommer Glaube in Liebeswerken sich offenbarte, war fast die einzige Veranlassung, welche die Prediger und Ältesten zu Synodalversammlungen rief, die denn auch, während sie im Anfange der Vereinigung alle zwei Jahre gehalten waren, immer länger ausgesetzt wurden, so daß in dem Zeitraume von 1816 bis 1828 keine solche Versammlung Statt fand. Von eigentlich kirchlichen Dingen war keine Rede mehr und nicht selten wurde von ernster gesinnnten Beisitzern solcher Synodalversammlungen das Urtheil gehört, daß man wohl die großen Reisekosten, (welche bestritten wurden durch den zehnten Pfennig der sonntäglichen Armensammlungen in den Kirchen) zu bessern Zwecken verwenden könne. Freilich wurde immer gar viel von der Erhaltung der theuern, von den Vorfahren ererbten Rechte und Vorzüge geredet, wie denn auch die neue Unionsacte von 1816 nur diese nennt als den Zweck der Vereinigung; allein den Glaubensgrund, auf dem jene Rechte standen, hatte man allmählig ganz unter den Füßen verloren und es mochte dem unpartheiischen Beobachter sonderbar und fast ungerecht erscheinen, daß diese wenigen Gemeinden eine solche unbeschränkte Freiheit genossen, während sie doch ihrer Confessionslosigkeit nach, eben so gut eine Beaufsichtigung des lutherischen Landesconsistoriums hätten ertragen können, wie z. B. die reformirten Gemeinden im Herzogthum Bremen oder der Inspection Bovenenden; es möchten ihm diese Rechte und Freiheiten wohl gar als völlig unstatthaft erscheinen, da ein gänzlicher Mangel an Beaufsichtigung leider nur zu oft die Prediger zu einer Vernachlässigung ihres Amtes und ihrer Ver-

pflichtungen trieb, wovon die Geschichte des Synodalsvereins seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts bis auf die neuesten Zeiten hin, nur zu traurige Beispiele aufzuweisen hat.

Eine nothwendige Folge jenes Mangels an Glaubenseinheit und geistiger Verwandtschaft war denn auch der Uebelstand, daß die Kirchendisziplin und die äußere Form des Gottesdienstes bei den vereinigten Gemeinden nicht mehr übereinstimmend blieb. Während die ältern französischen Kirchen die Kirchenordnung ihrer vaterländischen Kirche, die alte Genfer Liturgie und später neben diesen ein von dem Pastor Roques de Maumont herausgegebenes Psalmbuch gemeinschaftlich gebrauchten und die Form des Cultus sonach in den verschiedenen Gemeinden übereinstimmend war, fehlte den deutschen Gemeinden, namentlich in späterer Zeit, eine solche Uebereinstimmung durchaus. Jeder Geistliche durfte den Gottesdienst ordnen, wie es ihm beliebte, wenn er nur mit den Vorstehern seiner Gemeinde sich darüber verstand, die natürlich nicht leicht ihrem Seelsorger in seinen Anordnungen widersprachen. In nicht zwei Gemeinden der Synode wird dasselbe Gesangbuch benutzt, sondern jede hat ein anderes, und erst auf der Synode von 1828 wurde die Kirchenagende der Hamburgischen reformirten Gemeinde durch Stimmenmehrheit als gemeinschaftliche liturgische Grundlage bei den verschiedenen kirchlichen Handlungen angenommen, was indessen nicht verhindern konnte, daß nicht noch in mehreren Kirchen, nach dem Belieben des Geistlichen, eine andere, oder gar keine Agende gebraucht wurde. Ja, nicht einmal diejenigen Grundsätze, nach welchen bei der Predigerwahl verfahren

wird, sind in allen Gemeinden gleich; selbst hierüber sind die Bestimmungen schwankend oder wurden doch nicht von den Presbyterien in Anwendung gebracht, was leider auch in der Braunschweigischen Streitsache sich kund gegeben hat. Herr Prof. Petri macht es S. 40 seiner Streitschrift dem Pastor Weibel zum Vorwurf, daß er sich eines Mannes als Wortführers bei der, von dem Presbyterio berufenen Gemeindeversammlung bedient habe, der gar nicht ein Gemeindeglied sei und die Ausstellung eines Scheins an diesen Mann, daß er der Gemeinde angehöre, ist in der Anklage der Vorsteher bei der Synode als eine Unredlichkeit des Pastors besonders hervorgehoben worden. Ebenso sagt Herr Petri S. 54 und 56, daß weder den Kirchenarmen nach den Statuten ein Wahlrecht zustände, noch den Hausvätern der Beltenhöfer, die bei der reformirten Kirche in Braunschweig eingepfarrt sind. Diese Statuten existiren indessen nur in dem Kopfe des gelehrten Herrn und stehen nirgends in den Synodalacten, die allein gesetzliche Kraft haben dürfen, verzeichnet. Die in Celle im Jahre 1747 gehaltene Synode bestimmte, bei Gelegenheit eines Streites der Vorsteher mit den Hausvätern der Gemeinde in Celle, welche letztere das Recht zu haben behaupteten, bei der Präsentation der Candidaten mit jenen zu concurriren: »Daß den Vorstehern allein das Recht zustehe, zwei oder drei Subjecte zur Wahl zu ernennen, welche den Hausvätern hierauf vorgestellt werden sollen, um einen oder den andern von ihnen zu erwählen, in einer ordentlichen Versammlung, unter der Direction eines Predigers der Conföderation, nach Mehrheit der Stimmen.« Unter stimmfähigen Hausvätern

aber werden verstanden, nach dem ergänzenden Synodalbeschlusse vom Jahre 1799 »alle Männer, welche ihren eignen Haushalt haben; nur erwachsene Söhne, welche noch unter väterlicher Gewalt stehen, sind von der Wahl ausgeschlossen.« Jener, von Herrn Prof. Petri aufgeführte Mann, den er und die Herren Vorsteher, weil solches ihren besondern Zwecken dienlich war, als nicht zur Gemeinde gehörig characterisirten, muß nach diesen Synodalbestimmungen allerdings als zur Gemeinde gehörig angesehen werden und befinden sich in mehren, namentlich im Hannoverschen und Celleschen Presbyterio, als Vorsteher, Männer, welche nicht mehr Ansprüche auf das Recht der Mitgliedschaft der Gemeinde geltend machen können, als jener. Die armen Hausväter aber und die Beltenhöfer konnten nur durch Uebertretung des Gesetzes von den Vorstehern zurückgewiesen werden, als sie zur Wahl sich einstellten und ihre Stimmen wären allerdings mitzuzählen, wenn, in Bezug auf die Entfernung des Geistlichen, irgend etwas nach Stimmenmehrheit beschlossen werden sollte. Wie hätten aber Herr Prof. Petri und die Vorsteher so ausdrücklich auf Statuten sich berufen können, nach denen die Armen und Bauern nicht stimmfähig sein sollen, wenn nicht die angesehenen und reichen Vorsteher der Braunschweigischen Gemeinde, wer weiß seit wie langer Zeit, auf ihre eigne Gewalt und Machtvollkommenheit hin, die Sitte bei den Predigervahlen eingeführt hätten; nach welcher solche ausgeschlossen bleiben, während in anderen Gemeinden, namentlich der Celleschen und Göttingischen, ein solcher Ausschluß nicht Statt fand?

Also schon bei der Erwählung des Herrn Pastor Geibel ist das Gesetz übertreten, obwohl schwerlich die Wahl würde anders ausgefallen sein, wenn man die Armen und eingepfarrten Landleute hätte mitwählen lassen, da wir ja von seinem Gegner selbst hören, daß fast nur die Armen ihn lieb haben.

Allein auch die andere, so weise Bestimmung des Gesetzes: daß nemlich ein Prediger der Conföderation die Wahl leite, ist bei der Wahl des Pastor Geibel, vielleicht zum erstenmale seit dem Bestehen der Synode, nicht beachtet. Sie wurde geleitet von dem Herrn Prof. Petri, von demselben, welcher hernach als Geibels Ankläger und Verteidiger auftritt, gegen ihn predigt und seine Gemeindeglieder vor ihm, als einem Seelenverderber warnt. Das Gesetz war ohne Zweifel gegeben, damit durchaus keine Unrechtllichkeit, namentlich keine Zurücksetzung irgend eines stimmberechtigten Hausvaters von Seiten der Vorsteher vorkommen könne, damit ein ganz unpartheiischer Mann darüber wache, daß alles den gesetzmäßigen Gang gehe, und es ist beklagenswerth, daß die Vorsteher so sehr diese Bedeutung des Gesetzes verkannten, daß sie darauf antrugen, es möge die Leitung der Wahl Herrn Petri überlassen werden; es ist noch beklagenswerther, daß der Herr Prof. Petri einen solchen Auftrag annehmen mochte, da er doch selbst als Gemeindeglied eine Stimme hatte und, wie er selbst versichert, sein Stimmrecht übte; es ist freilich am beklagenswerthesten, daß der Moderator, den die Synode zum Wächter über alle Synodalgesetze bestellt hat, diese seine Verpflichtung so sehr verkannte und, gewiß ohne irgend eine schlimme Absicht, aber in allzu großem Stre-

ben sich den Wünschen der Braunschweiger Herren gefällig zu erweisen, seine Erlaubniß dazu erteilte, daß die Wahl ohne irgend eine Aufsicht von Seiten der Synode vorgenommen werden durfte. — Von welcher gänzlichen innern Zerrüttung zeugen alle diese Thatsachen und wie stellt sich der Mangel an Lebensthätigkeit der Verfassung auch in dieser Gleichgültigkeit gegen die äußere Form und die bestehenden Einrichtungen ans Licht! Muß nicht solche Gefeklosigkeit nachtheilig wirken auf einen jungen Geistlichen, der mit unverschuldeter Unkenntniß aller Verhältnisse den Dienst bei einer Gemeinde dieser Conföderation antritt? Mancherlei Schwierigkeiten stellen sich ihm entgegen, wenn er von einem fremden Consistorio examinirt und ordinirt zu seiner neuen Gemeinde kommt, deren Ordnungen ihm nicht bekannt gemacht worden, über die er nicht bei einem Collegen sich Rathes erholen kann, sondern höchstens einige unbestimmte, von seinem Vorfahren hinterlassene Notizen findet. Er ist ganz und gar dem guten Willen der Vorsteher seiner Gemeinde überlassen, die oftmals selbst, wenn sie noch nicht lange im Amte sind, außer der Führung der Kirchenrechnungen wenig von den Synodalverhältnissen wissen; ja die vielleicht, wenn sie etwa einen andern Candidaten begünstigten, ihn unfreundlich und ohne den verlangten Aufschluß ihm gegeben zu haben, von sich weisen, oder in eitler Sucht sich wichtig zu machen, den neuen Prediger seine Abhängigkeit von dem ihm beigeordneten Vorstande fühlen lassen. Wie soll er da im Presbyterio, ohne alle Kenntniß der Form, die nöthige Autorität haben, die ihm als dem Präses doch zukommt? Wie soll er seine Unabhängigkeit von dem Einflusse der

Vorsteher zum Besten seiner Gemeindeglieder bewahren? Was soll er erwidern, wenn bei jedem Schritte, den er thut, ihm gesagt wird: das muß so sein und jenes auf diese Art gethan werden; sei es wahr oder nicht? Wendet er sich in seiner Noth an einen benachbarten Amtsbruder — der kann ihm nicht helfen, denn in jeder Gemeinde ist ein anderer Gebrauch; ruft er die Synode zu Hülfe — sie ist ohne alle Kraft und es hängt immer wieder vom Gutdünken seiner Vorsteher ab, ob sie den Verfügungen derselben Folge leisten wollen. Wahrlich, nicht jedem ist es gegeben sich glücklich aus diesen Irrgängen herauszuwinden und es darf niemanden befremden, wenn ein junger Mann in so schwierigen Verhältnissen Mißgriffe thut, die nicht sowohl ihm, als vielmehr der haltungslosen Verfassung zur Last gelegt werden müssen.

Nachdem die Wahl vor sich gegangen ist, hat das Presbyterium die Verpflichtung, der Synode, sowohl dieses, als auch die erfolgte Annahme von Seiten des erwählten Predigers, durch ein Circularschreiben anzuzeigen und dem neuen Prediger liegt es ob, wenn er sein Amt angetreten hat, dieses durch ein an den Moderator abgesandtes, an die ganze Synode gerichtetes Schreiben, derselben bekannt zu machen und um Aufnahme in die Conföderation zu bitten; nicht eher, als bis ihm durch ein Antwortschreiben von allen Presbyterien diese geworden, hat er Sitz und Stimme in der Synode. Diese Einrichtung, die nur durch den Gebrauch geheiligt, keineswegs aber durch den Beschluß einer Synodalversammlung bestimmt ist, gab Herrn Weibel zuerst Veranlassung in eine unangenehme Verührung

mit der Synode, gleichsam auf der Schwelle des Einganges, zu gerathen. Entweder weil er mit dieser Sitte nicht war bekannt gemacht worden, oder weil er es sonderbar fand, um diese Aufnahme in die Synode zu bitten, der er doch, als rechtmäßig gewählter Geistlicher, schon durch seine zur Conföderation gerechnete Gemeinde anzugehören glaubte, richtete er nur ein Schreiben an die geistlichen Collegen, zeigte diesen an, daß er unter Gottes Beistand sein Amt angetreten habe und forderte sie auf, mit ihm Hand in Hand in dem großen Weinberge des Herrn zu arbeiten. Leicht hätte der Moderator dieses Schreiben an den Absender zurückschicken und ihm bemerklich machen können, in welcher Form er zu schreiben habe: indessen solches geschah nicht, das Schreiben ging ab an die Synode und wurde, wie vorauszusehen war, von mehreren Presbyterien mit strengem Tadel, wegen der anmaßlichen Abweichung von der hergebrachten Sitte, zurückgewiesen. Obgleich diese erste, an sich unbedeutende Mißthelligkeit durch ein späteres Schreiben des Herrn Geibel wieder gut gemacht wurde, so hatte er doch schon, gleich bei seinem Eintritt in die Conföderation, den Mangel an bestimmter Ordnung in ihrer Verfassung schmerzlich empfinden und den Rath und schlichtenden Beistand des Mannes entbehren müssen, dessen amtliche Stellung es erheischt, über die Beobachtung der wenigen gesetzlichen Formen zu wachen, deren sich die Synode erfreut.

Allein eine andere Ungesetzlichkeit von Seiten des Vorstandes bei der Erwählung des Herrn Pastor Geibel, welche nur ausgeführt werden konnte bei einer Verfassung, die so durchaus einer festen Haltung entbehrt



wie die unsrige, dürfen wir nicht unerwähnt lassen, da in ihr der ganze, hernach ausbrechende Streit seinen Keim findet. Schon lange hatte, da das hohe Alter und die mit demselben verbundene Schwäche den Herrn Dr. Petri verhinderte allen Pflichten seines Amtes Genüge zu leisten, der Herr Professor Petri, früher als Predigtamtscandidat zu dem Zwecke ordinirt, die Amtsgeschäfte seines Vaters verwaltet und alle 14 Tage gepredigt. Man erwartete allgemein, daß er der Nachfolger seines Vaters werden würde und das Gerücht erzählte, es seien wirklich deshalb Verhandlungen zwischen ihm und den Vorstehern gepflogen, die indessen sich wieder zerschlugen, da man eine Vereinigung des Predigtamtes mit der Professur am Carolino in einer Person nicht rathsam gefunden und jener gelehrte Herr natürlich das einträglichere Schulamt nicht für das minder einträgliche Pfarramt ausgeben mochte. Das Resultat dieser Verhandlungen war indessen kein anderes, als daß man mit dem Herrn Professor einen Vertrag abschloß, nach welchem er in jedem Monate einmal predigen und für diese Mühwaltung eine namhafte, jährliche Remuneration aus der Kirchenkasse ziehen solle. Der Synode, welcher doch als geistlicher Behörde die Bestätigung aller Prediger in der Conföderation obliegt, die namentlich auch über die Kirchengüter aller Gemeinden zu wachen hat und die eine solche ganz unnütze Vergeudung derselben nicht zugeben durfte; der Synode wurde nicht die geringste Anzeige hiervon gemacht, sondern nur Herr Pastor Geibel bei seinem Antritte von dieser Verabredung in Kenntniß gesetzt, der natürlich, unbekannt mit allen Synodalverhältnissen, keinen Zweifel hegen

konnte, ob auch seinen Vorstehern solches zustände, vielmehr seine Zufriedenheit darüber aussprach, einen erfahrenen Mann zur Seite zu haben, der mit freundlichem Rathe ihm beistehen könnte — nicht ahnend, wie dieser aufgedrungene Amtsgehülfe ihn hofmeistern und seiner Wirksamkeit, sobald sie seinen Ansichten nicht gemäß war, hemmend in den Weg treten würde. Wollten wir dem von Herrn Professor Petri gegebenen Beispiel folgen, der in seiner Streitschrift die gleichgültigsten Worte und Handlungen seines Gegners als in einer wohlberechneten Verbindung mit spätern Aeußerungen und Thatfachen stehend, darzustellen sich bemüht, so könnten wir verleitet werden zu glauben, daß, um diesen Zweck zu erreichen, der Herr Professor den ungern gesehenen Leiter der Wahl entfernt zu halten und sich diese Leitung anzumäßen bemüht gewesen sei; ja daß man deshalb gerade den Candidaten vorgezogen, weil vorauszusehen war, daß die mit auf die Wahl gesetzten Geistlichen, von denen einer wenigstens genauer mit den Synodalverhältnissen bekannt war, sich eine solche Aufbürdung eines Amtsgehülfen nicht würden haben gefallen lassen. Doch dem sei wie ihm wolle, alles dieses geschah, ohne daß die Synode es erfuhr oder zu verhindern vermochte, da der Moderator es nicht für der Mühe werth hielt, kräftig den Ungefeßlichkeiten mit der, seiner amtlichen Stellung zuständigen Autorität entgegen zu treten.

Diese schlimme Saat verfehlte denn auch nicht üppig aufzuschießen und böse Früchte für die Gemeinde, für den Pastor Weibel und, insofern sie zuletzt als Richterinn auftreten sollte, für die Synode zu tragen. Die gänz-

liche Verschiedenheit der Ansichten beider Männer, welche nun berufen waren der Gemeinde zu predigen, legte sich bald zu Tage. Während der rechtmäßig bestellte Prediger das Wort Gottes, als solches, seiner Lehre zu Grunde legte, predigte der eingeschobene Adjunctus: daß die Vernunft die alleinige Richterin in Glaubenssachen sei und war unbillig genug zu verlangen, daß sein jüngerer College seine Vernunft der des Herrn Professor unterordnen und nur das für wahr und erwiesen ansehe, was dieser also darstellte. Da nun aber der Prediger hiezu nicht sich verstehen konnte und wollte, sondern bei seiner, von der, des Herrn Professors abweichenden Art zu lehren blieb, und sich einer geistlichen Vormundschaft nicht fügte, die ja doch auch durch die Verhältnisse, in denen beide zu einander standen, nicht begründet erschien, so entspann sich ein Kampf zwischen beiden, in welchem die Gemeinde hineingezogen wurde und zwar von dem ihr länger bekannten und bei ihr in Ansehn stehenden Herrn Petri. Es muß dem aufmerksamen Leser der Petrischen Schrift sonderbar erscheinen, wenn ihr Verfasser S. 3 und 4 behauptet: »er sei keinesweges, was die Gegenparthei irriger Weise zu glauben geneigt ist, der Urheber des von der Gemeinde gegen den Prediger erhobenen Widerspruchs und an den daraus entstandenen Folgen Schuld,« da für diese Ansicht der Sache nicht bloß der Umstand zeugt, daß Herr Petri zuerst die Lehre seines Gegners von dessen eigener Kanzel als mystisch und gefährlich dargestellt hat, sondern da die Schrift selbst so viele Aufreizungen und Consequenzmachereien enthält, wodurch ihr Verfasser die, etwa noch für den Prediger gestimmten Gemeindeglieder ihm zu

entfremden und gegen ihn einzunehmen sich bemüht. \*) Wenn Herr Professor Petri, wie er hier schreibt, auch gepredigt hat, so war es wohl nicht anders möglich, als daß die, seinem Urtheil vertrauenden und aus Unkunde der christlichen Wahrheiten des eignen Urtheils erman- gelnden Zuhörer über ihren neuen Pastor und seine Lehre erschrecken mußten. Von seinem Collegen vor der ganzen Gemeinde öffentlich und wahrscheinlich auch bei den einzelnen Gemeindegliedern in Privatunterhaltungen ver- fehert, fühlte sich Herr Weibel veranlaßt auf das ent- schiedenste mit seinem Glaubensbekenntniß hervorzutreten, was um so viel mehr seine Pflicht war, da man nicht verfehlt hatte, es ihm zum Vorwurf zu machen, daß er nicht schon in seiner Wahlpredigt bestimmt genug sich ausgesprochen habe. Nun begann der Kampf. Die Mehrzahl namentlich der vornehmen und gebildeten Ge- meindeglieder schloß sich Herrn Petri an, verlangte die Rechte ihrer sogenannten Vernunft geachtet zu sehen und verschrie Herrn Weibel als einen Mystiker, Herrn- huter, Pietisten u. s. w. Die geringere und von jenen Vornehmen verachtete Zahl, größtentheils aus den Armern und Ungebildeten bestehend, an die sich auch die Freunde der Brüdergemeinde, welche seit einer langen Reihe von Jahren der verstorbene ehrwürdige Stobwasser in Braun- schweig um sich gesammelt hatte, angeschlossen, hob dage- gen den Prediger, der es wagte kühn den Angriffen der, von der Welt Angesehenen zu troßen, in den Himmel und begrüßte ihn als einen neuen Propheten und einen

---

\*) Man lese unter andern noch: S. 6 im Anfang, S. 31 — 34, S. 56, S. 69 u. 70.

Wiederhersteller des alten, verloren gegangenen Glaubens. Von beiden Seiten mischte sich leidenschaftlichkeit ins Spiel, wie das in einem solchen Fall nicht leicht ausbleiben wird und sehr bald wurde von dem Koryphäen jener rationalistischen Parthei die Behauptung gewagt: man müsse auf jede mögliche Weise den ungern gesehenen Buß- und Glaubens-Prediger zu entfernen suchen und kein Mittel unversucht lassen, um zu diesem Zweck zu gelangen. Nicht der Kraft der Wahrheit, sondern der Gewalt wollte man den Sieg verdanken, was zu beweisen scheint, daß man der eignen Sache wenig zutraute. — Jedoch fehlte es auch nicht an solchen, die da versuchten die Sache auszugleichen und die Partheien zu versöhnen und muß namentlich das Bemühen eines der Herren Vorsteher lobend erwähnt werden, von dem selbst Herr Weibel vor der Synode anerkannte, daß er zu ihm gekommen sei und ihn gebeten habe: »er möge wenigstens die Extreme meiden, da er durch eine so schroffe Opposition nichts ausrichten werde;« wogegen Herr Weibel aber erklärte: »daß er in keinem Puncte von seiner Ueberzeugung und seiner Lehrweise abgehen könne.« \*)

Eine Predigt, in welcher Herr Pastor Weibel beiläufig die Lehre vom Teufel schriftgemäß zu erweisen sich bemühte \*\*) und deren Veranlassung er selbst fol-

---

\*) Worte des Protokolls.

\*\*) Der Text jener Predigt war 2 Tim. 2, 5. Das Thema: Der Kampf des Christen. 1) Der Kampf ist schwer im Blick auf die Feinde. Denn wir haben zu kämpfen: a) nicht bloß mit Fleisch und Blut, sondern mit den bösen Geistern unter dem Himmel, Eph. 6, 12. b) steht uns entgegen die Welt mit

gendermaßen darstellte: » es hätten einige Knaben, die bei ihm den Confirmationsunterricht genossen, ihm, trotz aller Versicherungen und Hinweisungen auf die heilige Schrift, nicht zutrauen wollen, daß er glaube, es existire wirklich der sogenannte Teufel, und hätte er nun es für nothwendig erachtet, sie von seiner Aufrichtigkeit und Gewissenhaftigkeit, nach welcher er nur das ihnen lehre, was er selbst glaube, zu überzeugen, indem er vor der Gemeinde in seiner Predigt diese Lehre wiederhole « — Diese Predigt steigerte den Abscheu, den die Aufgeklärten in der Gemeinde gegen Herrn Weibels Lehre hegten, bis zur Erbitterung und es begannen nun die Versuche, den Widerstrebenden, mit Hülfe der geistlichen Behörde, von seinem Amte zu entfernen. Es wurde eine Schrift abgefaßt, angeblich von einem Gemeindegliede, in welcher man die Vorsteher der Gemeinde aufforderte, alle Rechtsmittel anzuwenden, den Herrn Pastor Weibel aus seinem Amte zu entfernen, weil seine Lehre zu wenig in Einklang stehe mit dem, was man früher von Herrn Dr. Petri gehört und als christliche Lehre an und aufgenommen habe. Um diesem Gesuche Nachdruck zu geben, wurde die Drohung beigefügt, daß, wenn diese Entfernung nicht bewirkt werde, die Bittsteller ihre Plätze in der Kirche aufgeben und die Gemeinde für aufgelöst erklären würden.

Unterdessen aber waren bereits Unterhandlungen von den Vorstehern mit Pastor Weibel angeknüpft über einen

---

ihrer Lust und ihren Leiden, e) ist der schlimmste Feind, in uns selbst versteckt. 2) Der Kampf ist leicht von dem eigenthümlich christlichen Standpunkt aus betrachtet. 3) Des Kampfes Ende ist also Sieg und Krone.

freiwilligen Rücktritt desselben vom Amte, und da aus seinem Benehmen hiebei späterhin ein Hauptanlagepunkt gegen ihn geschmiedet wurde, den auch die Synode für gravirend hielt, so ist es nothwendig, diese Thatsache ausführlich darzustellen, und zwar nach den Aussagen des Angeklagten selbst, die mit denen der Kläger in der Hauptsache übereinstimmen, und müssen wir den unpartheischen Leser bitten, hiernach die Darstellung des Herrn Dr. F. A. Krummacher S. 12 und des Herrn Dr. Geibel S. 78 — 80 zu berichtigen und zu vervollständigen, während wir die Beurtheilung derselben, so wie die Entwicklung derjenigen Entschuldigungsgründe, welche sich ohne Zweifel dafür anführen lassen, bis dahin verschieben, wo wir von dem Verfahren und dem Gutachten der Synode reden müssen. Die Veranlassung zu dieser Verhandlung gab ein Besuch, den Herr Geibel bei dem Herrn Professor Petri abstattete. Hiebei kam das Gespräch auf eine Taufe, welche der letztere statt des Pastor Geibel, nach dem Wunsche der Aeltern des Täuflings, verrichtet hatte. Der Herr Professor versicherte Herrn Geibel, daß er diese Taufe ansehen könne und müsse » als den ersten öffentlichen Schritt, den man thue, um ihm nach und nach alle Wirksamkeit in der Gemeinde, und selbst den Zugang zu den Gemeindegliedern abzuschneiden. « Nach dieser schonungslosen Eröffnung, die freilich dem Herzen des Geistlichen nicht wohl thun konnte, vielmehr ihn mit schweren Sorgen erfüllen mußte, da er hier aus dem Munde seines heftigsten Gegners erfuhr, daß man auf eine hinterlistige Weise Verfolgungspläne schmiede und ihm Neze stelle, um ihn zu verderben, fragte Herr Geibel: ob denn das

Gerücht wahr sei, daß man damit umgehe, sich auf irgend eine Weise mit ihm auseinanderzusetzen? Diese Frage bejahte der Herr Professor und fuhr fort dem Pastor Geibel seine traurige äußere Lage und gänzliche Wirkungslosigkeit darzustellen. Da erklärte denn der also bearbeitete junge Mann, daß er bereit sei die Vorschläge des Presbyteriums zu vernehmen und autorisirte in schwacher Stunde seinen Widersacher und Versucher, diesen seinen Entschluß den Vorstehern anzuzeigen. Zwei derselben erschienen auch alsobald, um die Unterhandlungen zu eröffnen. Diesen erklärte Herr Geibel: daß er der traurigen obwaltenden Verhältnisse wegen unter gewissen Umständen und Bedingungen bereit sei zu gehen; zu jenen Umständen rechnete er die Aussicht, sogleich ein anderes, minder einträgliches Pfarramt erhalten zu können, welche sich ihm geöffnet hatte; die Bedingungen überließ er den Herren ihm vorzulegen, sobald sie deshalb mit ihren Collegen sich würden besprochen haben. Jene Aussicht auf eine anderweitige Anstellung schwand indessen sehr bald; doch hielt sich Herr Geibel (nach seiner eigenen, zu Protokoll gegebenen Aussage) für verpflichtet, da er einmal so weit gegangen, wenigstens die Vorschläge zu vernehmen, und hatte sich, leider, innerlich entschieden, durch die Bedingungen sich bestimmen zu lassen. Diese Bedingungen fielen nun dahin aus, daß die Vorsteher erklärten, ihm während drei Jahren, bis zu deren Ablauf er doch wahrscheinlich ein anderes Amt angetreten haben würde, ihm jährlich 400 Rthlr. auszuzahlen. Diese Bedingungen erschienen ihm in jeder Hinsicht unannehmlich, und da er nun auch mit kälterem Blute die Sache überlegte und den Rath seiner



Freunde \*) einholte, welche ihm natürlich erklärten, daß ein solches Verkaufen seines Amtes durchaus eines christlichen Geistlichen unwürdig sei, so entschloß er sich, leider für seine Ruhe zu spät, jede Unterhandlung abzuweisen, welchen Entschluß er brieflich einem der Herren Vorsteher mittheilte. Nun begann sogleich die Umsendung jenes oben gedachten Besuches der Gemeindeglieder an die Vorsteher, zur Sammlung von Unterschriften, was darauf hinzuweisen scheint, daß dieses Besuch eben von denen ausging, an die es gerichtet war. Allein jener Mißgriff des Herrn Weibel wurde noch verschlimmert durch eine Aeußerung die er that, als an einem Sonntage nach dem Gottesdienste die Vorsteher in Begleitung des allzeit rüstigen Kämpfers für die gepriesenen und heilig gehaltenen Rechte seiner Vernunft zu dem Prediger aufs Zimmer kamen, um ihm Vorstellungen zu machen, daß er doch seinen Entschluß ändern möge. Es wurde ihm die verfängliche Frage gestellt: »warum er denn früher willig gewesen sei unter Bedingungen zu gehen, während er sich jetzt so entschieden erkläre sich hiezu nicht mehr verstehen zu können?« Die Antwort des Herrn Weibel lautete dahin: »weil es damals meine Ansicht war, gehen zu dürfen, weil

---

\*) Herr Petri meint S. 81, dieser Rath könne Herrn Weibel nur aus Herrnhut und aus dem Wuppertale gekommen sein und schreibt über eine »Hermandad der Neu-evangelischen.« Indessen hoffen wir, daß auch noch außer jenen angeführten Orten sich rechtliche Leute zu Haus finden, die einen solchen Rath ertheilen mögen, wie denn der Verfasser sich rühmen darf, ihn in obigen Worten ausgesprochen zu haben, da Herr Weibel, obwohl damals noch ihm persönlich ganz unbekannt, um seine Meinung ihn befragte.

ich in den bessern Bedingungen eine Befugniß dazu gefunden und es als Wink der Vorsehung angesehen haben würde gehen zu dürfen, wenn mir bessere Offerten gemacht worden wären.« Diese offenerzige, aber gewiß sehr unüberlegte Aeußerung wurde nun von den Vorstehern und Herrn Petri, der sogleich die Wichtigkeit derselben bei einer etwanigen Anklage erkannte und schadenfroh ausrief: »also das **Plus**, das **Plus**! Das wollen wir uns notiren!« den Gegnern des Predigers in und außer der Gemeinde bekannt gemacht und die Entfremdung auch der besser Gesinnten, erreichte ihren höchsten Gipfel.

Nun blieb der Parthei, welche um jeden Preis die Entfernung des Herrn Geibel erlangen wollte, nichts anderes übrig, als ihn zu verklagen und Stoff zur Anklage war genug gesammelt, der noch dadurch sich vermehrte, daß Herr Professor Petri sich bereitwillig fand, alle vertraulichen Billets, die während ihres früheren, freundlichen Vernehmens von Herrn Geibel ihm geschrieben waren, von ihm selbst mit Unterstreichungen und Ausrufungszeichen reichlich versehen, dem inzwischen von den Vorstehern angenommenen Anwalde, zur Begründung und Ausschmückung der Anklage zu übergeben, wie solches in der eignen Schrift des Herrn Petri S. 79 zu jedes rechtlichen Mannes Erstaunen nachgelesen werden kann. \*) An die Synode aber hatte Herr Geibel seine Gegner verwiesen als an die nächste Behörde, welche die Sache anging, und an diese beschlossen sie denn auch sich zu wenden. Damit aber hier die Sache

---

\*) Sie wurden der Anklageacte in originali beigelegt.

die nöthige Unterstützung fände und der Verklagte sogleich in das gehörige Licht gestellt werde, reiste eine Deputation der Vorsteher, wiederum in Begleitung des Herrn Professor Petri, nach Hannover, um persönlich dem Moderator die Anklageschrift einzuhändigen, der sie alsdann, mit seinem Gutachten versehen, an die andern Presbyterien abschicken mußte. — Mit Recht wird man aber fragen: mußte denn die Synode so lange warten, um von einem so wichtigen Streite, der sehr erhebliche Folgen für das Bestehen der ganzen Conföderation und jeder einzelnen Gemeinde haben konnte, Kenntniß zu nehmen? Hatte sie keine Befugniß früher einzuschreiten, um den ärgerlichen Austritten Einhalt zu gebieten und die gänzliche Spaltung in der, ihr untergeordneten Gemeinde zu verhüten?

Es war freilich kein bestimmtes Gesetz für einen solchen Fall, wie der in Braunschweig eingetretene, vorhanden, denn noch nie war etwas ähnliches in einer der conföderirten Gemeinden vorgekommen, und unsre frommen Väter mochten es für nicht denkbar gehalten haben; wie denn auch dieser Streit nicht hätte ausbrechen können, wäre die alte Unionsurkunde noch bindend und gültig gewesen. Jedoch war auf einer in Hannover im Jahr 1730 gehaltenen Synode, in Folge eines Streites zwischen den damaligen beiden Predigern der französischen Gemeinde zu Celle, bestimmt worden, daß: »wenn in einer Kirche inskünftige sich sollten Streitigkeiten erheben, das Consistorium (Presbyterium) desselben Ortes solle verbunden sein, sogleich den Moderator davon zu benachrichtigen, der dann sich dahin begeben und zwei andre Commissarios mit sich nehmen solle, um die

Zwistigkeiten im Anfange zu stillen. Sollten in der Kirche des Moderators selbst Unruhen entstehen, so wird der Secretair dahin zu reisen verbunden sein und die Kirche des Orts muß alle Unkosten vorschießen, auf Gefahr derjenigen, die da werden schuldig befunden sein.« Dieses Gesetz hätte, wie jedem einleuchten muß, auf den vorliegenden Fall wohl eine Anwendung zugelassen. Allein es ging, wie mit so manchem andern, es wurde nicht beachtet, weder von dem Presbyterium in Braunschweig, noch von dem Moderator, der ja leicht, da ihm das Gerücht von jenen Zwistigkeiten doch wohl mußte zu Ohren gekommen sein, an die Erfüllung der Synodalvorschriften hätte mahnen können.

Herr Weibel hatte gleich nach jenem, vorhin beschriebenen, heftigen Auftritt, die Sache an den Moderator gemeldet und ihm angezeigt, daß aller Wahrscheinlichkeit nach, sehr bald seine Gegner die Sache würden bei der Synode flagbar machen; indessen hatte er sich, rechtlicher Weise, aller Versuche enthalten, den Moderator für sich zu stimmen und nur, zu vorläufiger Vertheidigung, ein Exemplar seiner Antrittspredigt, welche er dem Druck übergeben, weil man ihm den Vorwurf gemacht, er habe darin seine supranaturalistische Ansicht künstlich verdeckt, beigelegt. Es wurde ihm hierauf von dem Moderator eine freundliche Antwort, in welcher dieser ihm darstellte, was seine Feinde von ihm ausgesagt und welche schwere Anklage sie wider ihn erhoben hätten, mit dem Rathe, um des lieben Friedens Willen, den Gegnern nachzugeben und zu gehen. Auf diesen am 23. März des Jahres 1831 geschriebenen Brief antwortete nun Herr Weibel am 28. März desselben Jahres, daß er diesem

Rath nicht folgen könne; »denn,« schreibt er, »die Anklage der Gemeinde, wie die Herren sich ausdrückt haben, daß ich einer andern Confession anhänge, als sie und daß mein moralischer Charakter verdächtig sei und daß man sogar von Verachtungswürdigkeit desselben rede, zwingt mich, jede Rücksicht, die ich etwa noch hätte nehmen können auf die Wünsche, nicht der Gemeinde, sondern mehrerer Glieder derselben, ganz aus den Augen zu setzen und die Sache so öffentlich wie möglich zu machen.« In diesen Worten spricht Herr Geibel den Grund aus, warum er jenem Rath nicht folgen könne, und man darf es wahrlich nicht verkennen, daß eben jene leidenschaftliche Erbitterung, jene partheiiische Uebertreibung, die, wie in den Angriffen des Herrn Professor Petri, so auch leider in der Anklage der Vorsteher, jedem ruhigen Leser schmerzlich und verlegend berühren muß, den Angegriffenen bestimmte, auf seinem nun einmal erklärten Entschluß zu beharren. Die Auslegung seiner Worte: als schütze er das Heilige vor, habe im Grunde aber nur den pecuniären Vortheil im Auge, mußte doch wohl erbittern und Herrn Geibel zu dem Ausspruche veranlassen: »ich kann nicht zurück! Der Vorwurf ist zu schmachvoll; der schwarze Fleck würde ja ewig an mir haften, wenn ich wiche und Sie werden mir gewiß unter diesen Umständen beistimmen.« Nachdem Herr Geibel sich in dieser Weise vertheidigend gegen den Moderator ausgesprochen hat, fährt er in seinem Briefe weiter fort: »Doch ich will gern auch den Rath und die Ansicht Anderer vernehmen. Darum bitte ich Sie, verehrter Herr Amtsbruder, wenn auch die Synode nicht entscheiden kann in dieser Sache,

dennoch die Klage, aber zugleich meine Vertheidigung circuliren zu lassen und die übrigen Synodalglieder aufzufordern, ihre Meinung über die unselige Angelegenheit auszusprechen. Freilich mußte ich mir aber erst die Klageschrift erbitten, wie es Rechtens ist, um meine Vertheidigung daneben zu stellen....«

Herr Weibel spricht hier zuerst eine Vermahrung aus, daß er nemlich die Synode nicht für einen competenten Richter in dieser Sache halte. Nur eine Unkenntniß der Verhältnisse und Rechte der Synode konnte ihn zu einem solchen Ausspruche treiben, woran freilich die Synodalverfassung wiederum in sofern die Schuld hat, als es jedem neuantretenden Prediger selbst überlassen bleibt, über diese Rechte der Synode sich Kenntniß zu verschaffen und von ihr nichts gethan wird, ihm die Erlangung dieser Kenntnisse zu erleichtern. Von der Hannoverschen Regierung ist unterm 23. Jan. 1723 eine Resolution erlassen, welche der Synode in Bezug auf ihre Kirchen und die von ihnen abhängigen Personen, gleiche Rechte wie den Consistorien, mit Ausnahme der Ehescheidungssachen, erteilt und diese Resolution durch ein, am 11. Sept. 1725 erlassenes Gesetz dahin erläutert: » daß zuvörderst diejenigen Sachen, welche die reformirte Glaubenslehre und die Kirchendisziplin betreffen, immediate an die nächste reformirte Synode, die unter dem Beisitz eines Commissarii principis gehalten wird, jedesmal verwiesen und allda examinirt und decidirt werde; auch alle diejenigen Personen, welche von solchen Synoden dependiren, \*) davor sich zu stellen

---

\*) Darunter sind doch wohl Prediger, Vorsteher und Gemeindeglieder zu verstehen?

gehalten sein sollen; gestalten Wir denn des festen Vorsatzes bleiben, die reformirten Synodalschlüsse in quantum de jure zu handhaben und bei Kräften erhalten helfen zu wollen. Weil wir jedoch das, *vi superioritatis territorialis* uns competirende *jus circa sacra*, insoweit es die reformirte Glaubenslehre und Kirchen-Disciplin \*) nicht concerniret, ferner auch die, unsern geistlichen und weltlichen Gerichten respective in *matrimonialibus civilibus* und *criminalibus* auch Polizei-Sachen zustehende Cognition und Bestrafung uns *expresse reserviret* und wenn desfalls bei den reformirten Synoden etwas vorkommen möchte, die darauf verstößenden Synodalschlüsse in *causis controversis et jus privatorum* betreffende Sachen so wenig *inappellable* sein können, als die *sententiae* unserer Consistorien und anderer Gerichte *inappellable* sein, so setzen und ordnen Wir hiemit, daß in obbemeldeten Fällen diejenigen, so sich graviret zu sein vermeinen, ihren *recurs* an das Gericht, wohin die Sache ihrer Natur nach gehört, nehmen sollen u. s. w.« Aehnliche Resolutionen sind von Seiten der Braunschweigischen Regierung in den Jahren 1708 und 1746 gegeben worden. — Herr Geibel konnte also nur die Synode insofern als Richter in dieser Angelegenheit perhorresciren, als er auf eine Zusammenberufung derselben und auf ein Zurückgehen auf das, in den landesherrlichen Begnadigungsbriefen anerkannte *Symbolum* bestehen durfte. Durch Circulare konnte aber natürlich

---

\*) Womit doch nur jenes in der ersten Unionsacte genannte *Symbolum* gemeint sein kann.

nicht die Synode entscheiden, da zu einem günstigen Synodalbeschlusse erfordert wird, daß eine Versammlung der Synode mit landesherrlicher Erlaubniß und unter dem Beisitz eines Commissarii Principis gehalten werde.

Was indessen die in jenem Briefe ausgesprochene Forderung anlangt, daß nemlich der Moderator des Herrn Geibels Vertheidigung zugleich mit der Anklageacte circuliren und zu dem Ende eine Abschrift dieser letztern ihm zukommen lasse, so erscheint sie billig und gerecht. Sie wurde aber nicht nur nicht erfüllt, sondern jener Brief, von dessen Existenz die Synode nichts erfuhr und der als vorläufige Erklärung des Beschuldigten wohl dem Circular \*) hätte beigelegt werden können, blieb völlig unbeantwortet!! — Ja, als späterhin die einzelnen Presbyterien ihre Verwunderung über das gänzliche Stillschweigen des angeklagten Predigers aussprachen und von Seiten des Schreibers dieser Zeilen der Moderator ersucht wurde, er möge doch eine Vertheidigung vom Pastor Geibel fordern, antwortete jener unterm dritten Mai d. J.: »Nein! Er mag sich nur ja nicht verantworten, das ist ganz vergebens!« und legte also damit an den Tag, daß er, auch ohne ihn gehört zu haben, Herrn Geibel für schuldig und alle Aussagen seiner Feinde für gegründet halte.

So wurde denn von dem Moderator der Synode am 5. April des Jahres 1831 die Anklageacte der Vorsteher mit einem Begleitschreiben desselben an die verschiedenen Presbyterien abgesandt, ohne daß eine Vertheidigung des Pastor Geibel beigelegt war. Die An-

---

\*) Das erst am 5. April aus Hannover abgesandt wurde.



klageacte selbst ist durch die Schriften des Herrn Professor Petri und des Herrn Dr. Geibel bereits bekannt und findet sich dem Hauptinhalte nach als erster Anhang bei der Petrischen Schrift abgedruckt. In dem Eingange zu dieser Anklageschrift finden sich die Hauptklagepunkte kurz zusammen gefaßt, und da er ohnedieß von dem Herrn Petri weggelassen ist, so mag er hier einen Platz finden:

Die Gründe, wodurch sich die hiesige evangelisch-reformirte Gemeinde befugt und verpflichtet hält, auf gänzliche Aufhebung des, zwischen ihr und ihrem Prediger, Hrn. Geibel, bestehenden Verhältnisses anzutragen, sind so überzeugend und entscheidend, daß wir von jedem, sowohl geistlichen als weltlichen Forum, Abhülfe unsrer Beschwerden mit Recht verlangen zu können glauben. Eine nähere Auseinandersetzung dieser Gründe wird die Sache vollkommen in gehöriges Licht stellen.

- 1) Ein Prediger, der sich einer Gemeinde als ein zu ihrer Confession gehöriger Gottesgelehrter selbst angeboten hat, hört auf de jure in diesem nexu zu stehen, sobald erwiesen ist, daß die Confession der Gemeinde nicht die seinige ist, und dies tritt um so entschiedener hervor, je weniger daran zu zweifeln ist, daß sein Bekenntniß dem der Gemeinde geradezu entgegensteht.
- 2) Ein Prediger, der sich durch sein Betragen, als der Verstellung fähig, als zweideutig und unzuverlässig, als gegen gegebenes Wort gleichgültig zeigt, und sich dadurch allgemeinen Tadel der rechtlichen Leute Preis giebt, kann in seiner Amtsführung nichts Gutes mehr wirken, und sein Verbleiben in seiner Stelle kann nur Mergerniß geben und Unheil stiften.
- 3) Ein Prediger, der in amtlichem Briefwechsel und amtlicher Unterredung mit seinem Presbyterio rein unmo-

ralische Grundsätze äußert, und dieselben unverholen als seine Motive und als Norm seiner Handlungen anerkennt, hat sich muthwillig zum Gegenstande allgemeiner Verachtung gemacht, weil er, der doch nur durch Rechtschaffenheit zur Seligkeit führen soll, den Zweck seiner Wirksamkeit, die Moralität, in ihren Grundprincipien erschüttert; und darf theils schon deswegen, theils, weil seine, alle Sittlichkeit zerstörenden Maximen, leicht auch bei anderen Gelegenheiten zum Vorschein kommen, und Andere zum Bösen verführen könnten, selbst von Seiten des Staats nicht länger im Amte geduldet werden.

In dem Begleitschreiben erzählen die Vorsteher, wie der Bruch zwischen Herrn Geibel und seiner Gemeinde von jenem selbst herbeigeführt sei, da derselbe durch seine Antrittspredigt alle früher erregten frohen Erwartungen zerstört habe, indem er damit anhub, der Gemeinde einen, ihr seit 50 Jahren aus der Erinnerung gekommenen und niemanden mehr verständlichen Kirchenglauben in seiner ganzen Schrofftheit aufdringen zu wollen; wie die meisten der Gemeindeglieder die Kirche gemieden und nur wenige sich eingefunden, welche die Neugierde und die Absicht immer mehr Gründe zu Beschwerden über den Prediger zu sammeln herbeizog; wie endlich nur Herrnhuter und Pietisten, selbst aus einer Entfernung von anderthalb Stunden herbeigezogen worden. Es wird ferner jenes oben erwähnte Memoriale der angesehensten Gemeindeglieder Erwähnung gethan, das mit 66 Unterschriften versehen, auf Entfernung des Herrn Geibel dringe, der vergebliche Versuch der Vorsteher den freiwilligen Abtritt des Predigers zu bewirken, der selbst anfänglich sich dazu

bereit erklärt habe, dargestellt und endlich die Synode ersucht, in folgenden Punkten dem Antrage der Vorsteher zu willfahren: daß nämlich

- 1) um eine Zerstreuung der Gemeinde zu verhüten, Herr Professor Petri autorisirt werde, jeden Ministerialact, wie die ganze Seelsorge, sobald es von den Gemeindegliedern verlangt werde, zu verwalten;
- 2) da an keine Ausgleichung der Differenzen zu denken sei, die Synode ein Gutachten gebe, wodurch die Suspension des Herrn Geibel vom Amte fürs erste ausgesprochen und im Fall, daß ihre Beschwerden durch keinen Gegenbeweis entkräftet werden können, die Dienstentlassung des, allen Zwecken religiöser Vereine nur hinderlichen Mannes, als unvermeidlich angedeutet werde.

Zum Schlusse aber wird die drohende Bitte hinzugefügt, daß man, durch Genehmigung jenes Antrages, die Kläger des, für die öffentlichen Verhältnisse der conföderirten Kirchen vielleicht nicht unbedenklichen Schrittes überhebe, sich unmittelbar an das Braunschweigische Staats-Ministerium zu wenden.

Also erkannten in diesem Begleitschreiben die Gegner des Herrn Geibel an, daß der Gegenbeweis des Angeklagten von der Synode zu vernehmen sei; auch Herr Petri sagt S. 71: »daß man die, der Synode überreichte Anklageacte keinesweges als ein Dokument angesehen habe, wonach sogleich über den Verklagten der Stab sollte gebrochen werden, sondern nur als ein Motiv, die hochwichtige Angelegenheit aufs Gewissenhafteste zu untersuchen.« Der Moderator aber war ande-

rer Ansicht und hielt es für durchaus unnöthig den Angeklagten zu vernehmen; er hielt sich vielmehr für veranlaßt, sogleich über ihn zu urtheilen und die andern Presbyterien zu einem solchen urtheilenden Gutachten zu veranlassen; wahrscheinlich, weil er aus der Privatmittheilung des Herrn Geibel wußte, daß dieser zu den angeführten Lehrsätzen, der Hauptsache nach, sich bekenne und er diese bestrittenen Lehrsätze für die wichtigsten und entscheidenden Punkte in der Anklage hielt. — Doch lassen wir nun die verschiedenen Gutachten folgen, weil aus ihnen am Besten erkannt werden kann, wie die Sache von der Synode aufgenommen ist und in welches Verhältniß sie sich zu den streitenden Partheien stellte. \*)

### Gutachten des Hannoverschen Presbyteriums.

Uns scheint den ersten Stoß zu der traurigen Trennung des Herrn Pastor Geibel von seiner Gemeinde, nicht sowohl das gegeben zu haben, daß die Gemeinde in ihrem Pastor späterhin den Supernaturalisten überhaupt sah, den sie aus dessen Gastpredigt nicht hätte sehen können, sondern, daß sie in demselben eben den Supernaturalisten sah, der die Lehre, daß das Blut Christi einzig und allein uns gerecht mache, und daß der Teufel wirklich einen Einfluß auf den Menschen übe, als ächtes Christenthum, als sein Evangelium lehre, daß also die Braunschweiger ihn nicht verwerfen als Supernaturalisten, denn dies ist doch mehr oder weniger jeder Rationalist; sondern als einen Lehrer der sogenannten Wundentheologie und Teufelslehre. Uns scheint es ferner, als ob der Herr Pastor Geibel durch das Beharren des Darstellens dieser Lehre in seinen Predigten die Spannung immer mehr genährt, bis

---

\*) Das Göttingische Presbyterium gab kein Gutachten ab, da die Predigerstelle zu der Zeit unbefetzt war.

eine beinahe völlige Trennung der Gemeinde von ihrem Hirten erfolgte. Uns scheint endlich, als ob allein diese Spaltung zuerst den unerhörten zweiten Punkt in der Anklage der Braunschweiger Gemeinde überhaupt motivirt und zu dem hohen Grade des Vorwurfs von »Verachtungswürdigkeit des Charakters des Pastoren« gesteigert habe. Doch abgesehen hievon, wie der unselige Streit des Herrn Pastor Geibel mit seiner Gemeinde entstanden sein mag, was ihn weiter genährt habe, abgesehen ganz von der Wahrheit der Anschuldigungspunkte, über die wir natürlich nicht absprechen können und dürfen, so möge sich der Herr Pastor Geibel das Besondere seines Standes zur Gemeinde recht klar vor Augen stellen, die es offen ausspricht, daß an eine Ausgleichung mit ihrem Pastor nie zu denken sei; er möge sich vergegenwärtigen, daß sie dieses stützt auf die zwiefache Anklage, daß er einer andern Confession als die Gemeinde anhänge, und daß sie seinen moralischen Charakter verdächtig finde, um einzusehen, daß der Stand der Dinge eine schleunige Hülfe verlangt, da er so nie bleiben kann. Die Gemeinde, die den Herrn Pastor G. anklagt, ist doch wenigstens von der Wahrheit der Anklagepunkte überzeugt, also für jetzt, und so lange die Sache noch nicht entschieden ist, ist doch des Pastors Wirksamkeit auf die Gemeinde aufgehoben. Aber gesetzt auch, der Herr Pastor G. wüßte alle so schwere Anklage auf die evidenteste Weise abzuweisen, würde er den Eindruck, den eben die Anklagepunkte auf die Gemeinde gemacht haben, ganz wieder verwischen können? Und wo der Prediger nicht in unverletzter Reinheit vor der Gemeinde steht, und ihr vorleuchtet — sei die Unreinheit auch noch so eingebildet — da ist der Prediger aus den Herzen der Mitglieder verbannt, in denen er eingeschlossen sein muß, um auf dieselben wirken zu können. Noch mehr aber, kann Herr Pastor G. glauben, daß, wenn er auch auf die evidenteste Weise darthäte, daß sein Evangelium von absoluter Nothwendigkeit des Blutes Christi zur Seligkeit, und seine Lehre vom Teufel ein unerläßliches Stück sei in dem Lehrsymbolum des Christenthums, daß die Gemeinde, die diese Lehre jetzt nicht will, später sie

annehmen würde? — Nie sind härtere und bitterere Kämpfe geführt, als wo Ueberzeugung gegen Ueberzeugung trat, nie haben diese Kämpfe Segen oder Nutzen gebracht. Immer ist das Resultat solcher Kämpfe gewesen, daß die Kirche nie den Glauben erzwungen hat; aber unsere Kirche vor Allen hat auch nie erzwingen wollen, denn das Evangelium ist ein Evangelium der Liebe.

Bei diesem Stande der Dinge können wir nicht anders als das rathen, worauf der Herr Pastor Geibel — wie es aus den einliegenden Papieren hervorgeht — schon im Anfange des Streits selbst geführt wurde, er möge das Band, das ihn erst seit Kurzem mit seiner Gemeinde verbunden hat, auf die angemessenste Art wieder aufzulösen suchen. Es ist nicht zu verkennen, daß der Herr Pastor G. dadurch ein hohes Opfer bringt, das sich mit Gelde wol nicht leicht aufwiegen läßt; aber auch ein solches Opfer ist edel und veranlaßt vielleicht, daß sich die Herzen seiner Gemeindeglieder ihm wieder zuwenden. Wir ersehen aus einem Briefe an den Herrn Professor Petri, vom 9. März, daß der Herr Pastor G. sich durchaus nicht auf eine gütliche Uebereinkunft einlassen werde, weil er zu der festen Einsicht gekommen sey, daß der Kampf mit der Gemeinde ihm von Gott beschieden sei, und so er ihn also fort kämpfen müsse, weil man Gott mehr gehorchen müsse, als den Menschen, und daß er deshalb die Sache der Synode zur Entscheidung vorlegen wolle. Das Erste bezweifeln wir, und das Andere halten wir für nutzlos. Wir können es uns nicht vorstellen, daß es der Wille Gottes ist, daß der Friede einer Gemeinde, die dem wahren Christenthum anhängt und die die Stelle 1 Cor. 1, 11 in ihrer ganzen Wahrheit inne hält, durch eine spitzfindige dogmatische Frage gestört werde. Ein Anderes wäre es, wenn die Gemeinde in einem Aberglauben schliefe und in einem Sündenschlamm versunken wäre, aus dem sie durch des Herrn Pastor G. Evangelium herausgerüttelt werden sollte. Einen solchen Krieg der Sünde mit dem Guten, und des Aberglaubens mit der Erkenntniß hat auch Christus auf die Erde gebracht. Sollte dasselbe Verhältniß

zwischen dem Herrn Pastor G. und seiner Gemeinde Statt finden? — Was soll nun aber die Synode entscheiden? Soll sie etwa Schiedsrichterin sein? Das Recht steht ihr, so viel wir wissen, nicht zu. Sie kann nur ihr Gutachten abgeben. Wird sich aber Herr Pastor G. durch die Synode bestimmen lassen, anders zu predigen? Wird die Gemeinde sich durch die Synode bestimmen lassen, dem Herrn Pastor Geibel mit Wohlgefallen zuzuhören? Glaubenssachen lassen sich nicht erzwingen, eben so wenig wie die Liebe, gesetzt auch die Synode hätte das Recht einen Wachtspruch zu thun. Die Synode kann also nicht zwischen den Pastor und seine Gemeinde sich stellen zur Entscheidung. Nach unsrer festen Ueberzeugung kann Herr Pastor G. allein entscheiden, die Gemeinde hat größtentheils schon entschieden. Herr Pastor G. schreibt freilich, er würde Braunschweig nur verlassen, wenn er abgerufen, oder mit Gewalt vertrieben würde; aber will er vielleicht in einem äußern Vorfalle die Gewißheit suchen, daß sein jetziger Stand zu der Gemeinde Gottes Beifall nicht habe, da er ihn sonst nicht abrufen würde? Will er durch solches Aeußere sein Inneres, seine Ansicht bestimmen lassen? Soll dies Aeußere sein Schwanke entscheiden? Wir sehen es hieraus, Herr Pastor G. hat in seinem Innern schon längst entschieden, und auch das Innere steht ja unter der allwaltenden Liebe Gottes. Anders freilich verhält es sich, wenn Herrn Pastor G. nur die Gewalt entfernen soll, denn hiernach scheint er wiederum mit wahrer Ueberzeugung auf seinem Platze zu stehen. Aber Herr Pastor G. wird es so weit nicht kommen lassen, und dennoch ist es nicht voranzusehen, daß die Gemeinde, wenn die Sachen so stehen bleiben, es bis zur Gewalt forttreiben wird? Sie hat in ihrem Schreiben an die Synode offen ausgesprochen, daß an eine Ausgleichung gar nicht zu denken sei, und daß, so fern die Synode nicht in die Bitte der Gemeinde, in die Nothwendigkeit der Entfernung ihres Pastors einstimmen würde, sie sich unmittelbar an das Staatsministerium wenden werde. Wenn wir gleich nicht zu bestimmen vermögen, was die ganze Syn-

node aussagen und was das befragte Ministerium für oder wider den angeklagten Herrn Pastor G. entscheiden werde, so sehen wir doch nicht ein, was die jetzige traurige Lage des Herrn Pastor Geibel gewinnen würde, wenn selbst die oberste Behörde die Gemeinde zwänge, Herrn Pastor G. fortwährend als ihren Prediger anzuerkennen, noch was Herr Pastor G. gewinnen würde, wenn er nach längerem Widerstreben dennoch gezwungen würde, der Gewalt zu weichen. Dies ist unsere Ansicht von dem unglückseligen, höchst beklagenswerthen, fast beispieslosen Stande der Dinge in der Braunschweigischen Kirche. Es ist unsere tiefe, klare, lebendige Ueberzeugung: bleibt das Verhältniß zwischen Herrn Pastor G. und seiner Gemeinde so stehen, wie es jetzt steht, so kann der große heilige Zweck, der durch die Verbindung des Predigers mit seiner Gemeinde erreicht werden soll — weil es am Vertrauen und Liebe fehlt — nie erreicht werden, und die wackere, in allgemeiner Achtung stehende Gemeinde hört auf zu existiren. Daher sind wir der unabänderlichen Meinung: Vernunft und Religion machen es dem Herrn Pastor zur heiligsten Pflicht, das mit der reformirten Gemeinde in Braunschweig geknüpste Band wieder aufzulösen. Hannover, den 4. April 1831.

P. S. Wir haben nichts dagegen zu erinnern, daß der Herr Professor Petri in Uebereinstimmung mit dem Herrn Pastor G. autorisirt werde, alle Ministerialacte bis auf weiteres gemeinschaftlich zu verrichten.

### Gutachten des Presbyteriums zu Münden.

Je größer unser Bedauern über die höchst beklagenswürdigen Mißverhältnisse zu Braunschweig ist, desto wünschenswürdig und nothwendiger erscheint es uns auch, daß dies so bald als möglich aufhöre. Das einzige hiezu führende Mittel sehen wir nur in der Resignation des Herrn Pastor G. Ganz abgesehen davon, ob der Synode oder der Gemeinde das Recht zukommt, diese Resignation auszusprechen, so ist



diese in dem vorliegenden Fall durch sich selbst begründet, denn wie kann ein Prediger nur wünschen, noch bei einer Gemeinde zu bleiben, wo er durchaus nichts nützen kann, da er die allgemeine Meinung gegen sich hat, wo er dagegen den größten Schaden stiften muß, da man nicht nur seine Lehre für verwerflich hält, sondern auch über seinen Charakter das schlimmste Urtheil gefällt hat? Können wir auch kein Urtheil über Herrn Pastor G. fällen, so glauben wir doch die Ueberzeugung von ihm haben zu dürfen, daß er nicht länger bei einer Gemeinde bleiben werde, welche ihm früher so viele Beweise von Vertrauen und Liebe gegeben hat. Diese durch längeres Bleiben wieder zu gewinnen scheint uns eine unmögliche Sache, denn wenn er auch für die Zukunft seine, wahrer Sittlichkeit und Moralität höchst nachtheiligen Lehren aufgeben wollte, nie würde er die jetzt in seiner Gemeinde über ihn herrschende Meinung ändern. Das einzige, was er unsrer Meinung nach thun kann, Ansprüche auf die Achtung seiner Gemeinde zu gewinnen, ist: er lege seine Stelle nieder. Mag ihm dies auch schwer erscheinen, so ist es doch gewiß leichter, als in diesem unerträglichen Verhältniß zu seiner Gemeinde zu stehen. Dies ist unsre Ansicht und zugleich unser herzlichster Wunsch, daß recht bald der Friede in der Gemeinde zu Braunschweig hergestellt sein möge. Münden, den 23. April 1834.

### Gutachten des Bückeburgischen Presbyteriums.

Mit dem innigsten Bedauern haben die Unterzeichneten die für das Bestehen der Braunschweigischen reformirten Gemeinde so höchst nachtheilige Mißthelligkeit mit ihrem Prediger vernommen, um so mehr, da sich dieselbe eines Predigers freute, der das Evangelium mit dem kindlich frommen Geiste verkündigte, womit es aufgefaßt werden soll und allein wahren Segen stiften kann. Wir enthalten uns aller weiteren Bemerkung über den Mangel an Pastoralflugheit und Lehrerweisheit des Herrn Pastor G., daß er, noch so jung im Amte, es war

gen konnte, einer christlich aufgeklärten Gemeinde eine längst verrostete Theologie aufzudrängen, die eben nicht viele gute Früchte aufzuweisen hat, und beschränken uns nur auf die von dem verehrten Braunschweigischen Presbyterium vorgelegten Fragen.

Allerdings scheint uns dasselbe gegründete Ursache zum Mißvergnügen zu haben, so daß desselben, so wie der ganzen Gemeinde ausgesprochener Wunsch nach Auflösung ihres mit ihrem jungen Herrn Pastor G. geknüpften Bandes, alle Berücksichtigung verdient. Wie wird aber dieser verwickelte Knoten zu lösen sein? Wir sind ganz der Meinung des verehrten Hannoverschen Presbyteriums, daß der Synode dazu keine Macht zustehe, sondern daß sie hier nur ernstlich rathend einwirken könne. Und da glauben wir, was die erste Frage des Braunschweigischen Presbyteriums betrifft: »ob es die Ministerialhandlungen dem Herrn Professor Petri ohne weitere Anfrage demselben übertragen dürfe,« daß solches mit allem Recht geschehen könne, zumal da der Herr Pastor G. in einem Briefe an den Herrn Professor Petri unterm 15ten März erklärt hat, daß er gern bereit sei, Amt und Wirksamkeit zu theilen, wenn solche Einrichtung von der Gemeinde gewünscht würde. Er wird doch wohl solche Erklärung nicht zurücknehmen wollen? Es versteht sich übrigens, daß diese Einrichtung in Uebereinstimmung mit dem Herrn Pastor G. zu treffen ist. Hiemit wäre denn aber auch die zweite Frage beantwortet: »ob die Suspension des Herrn Pastor G. vom Amte vorläufig auszusprechen sei?« Es würde dieser Schritt offenbar ein Act sein, der nur einer höheren Behörde gebührt, wofür sich die Synode nicht halten kann, und der selbst den Presbyterien nicht zusteht, es sey denn, daß in der Vocation des Predigers darüber etwas reservirt wäre. Sind aber dem Herrn Professor Petri die Ministerialactus mit übertragen, so wird eben dadurch auch dem nachtheiligen Einflusse, den die Spannung mit dem Herrn Pastor G. auf die Familien haben könnte, größtentheils gewehrt, und es ist unser herzlichster Wunsch und Bitte, daß bis zur ausgemachten Sache der Herr Professor Petri das Band

erhalten möge, welches bisher die Braunschweigische Gemeinde zusammen gehalten hat. — Schließlich stimmen wir ganz mit dem Hannoverschen Presbyterium überein, daß der Hr. Pastor G. in dieser verwickelten Angelegenheit vorzüglich entscheiden und nachgeben müsse. Hält derselbe sein angenommenes Lehrsystem für das einzig wahre, so muß er auch einsehen, daß er dadurch zu der ihm anvertrauten Gemeinde in eine Stellung gerathen ist, die seine ganze Prediger-Wirksamkeit stört, und ihn in Braunschweig völlig überflüssig macht; welcher rechtliche Mann wollte das aber wohl sein? Wenn er übrigens sich auf das Beispiel der Apostel beruft, die mit edlem Muthes sprachen, man müsse Gott mehr gehorchen als den Menschen, so vergißt er, daß sie das herrliche Evangelium in seinem ganzen Inhalte verschweigen sollten, was sie nicht konnten, daß aber der unselige Theologenstreit in unsern Tagen nur ein Kampf um Meinungen ist, die sich um so weniger aufdrängen lassen, je mehr sie dem gesunden Menschenverstand widerstreiten, dessen Ehre und Würde das Evangelium vorzüglich gerettet hat. Und hält sich Hr. Pastor G. Gewissens halber berufen, nicht zu weichen, so möchten wir ihm lieber das weisere Wort des Herrn zur Nachachtung empfehlen, Matth. 10, 4: "Wo euch Jemand nicht annehmen wird, noch eure Pede hören, so gehet heraus von demselbigen Hause oder Stadt und schüttelt den Staub von euren Füßen." Was auch in der Sache geschehen möge, es bleibt unser innigster Wunsch, daß sie in Güte abgemacht werde, und möchten wir daher dem Braunschweigischen Presbyterium selbst noch zu größern Opfern rathen, wenn dadurch das Wohl und die Ruhe der Gemeinde erkauft werden könnte. Bückeburg, den 14. April 1831.

### Gutachten des Celleschen Presbyteriums.

Nachdem wir mit größtem Leidwesen, durch die von den Braunschweigischen Kirchen-Vorstehern uns zugesandten Klageschriften, von dem traurigen Zustande der Braunschweigischen

Schwestergemeinde unterrichtet worden sind, fühlen wir uns verpflichtet unverholen und freimüthig unsre Meinung folgendermaßen darüber auszusprechen und verbinden wir damit den Wunsch, daß auf eine friedliche Weise diese ärgerliche Spaltung ausgeglichen werden möge!

Was die erste Anfrage des Vorstandes der Braunschweigischen Kirche anlangt: "daß nemlich auch von Seiten der Synode der Herr Prof. Petri autorisirt werde, jeden Ministerialact, wenn es von den Gemeindegliedern verlangt wird, zu vollziehen," so sind wir mit den andern verehrlichen Presbyterien der Meinung, daß solches zugestanden werde, weil wir nicht bezweifeln, Hr. Pastor G. werde sich dem gern fügen, da er dies selbst schon ausgesprochen hat. Wir müssen aber zu gleicher Zeit es als einen durchaus ungeseglichen Schritt rügen, daß schon früher, ehe Hr. Pastor G. seine Stelle antrat, ohne alle Anfrage bei der Synode, Hr. Prof. Petri von den Herren Vorstehern beauftragt worden ist, für ein gewisses aus der Kirchenkasse zu beziehendes Gehalt, eine bestimmte Anzahl Predigten alljährlich zu halten. Wie zu einer Predigerwahl nicht ohne Bestätigung der Synode geschritten werden darf, so mußte auch nöthwendig hierüber an dieselbe berichtet werden und stand es nicht, weder den Vorstehern noch dem neuerwählten Prediger zu, eigenmächtig hierüber zu entscheiden.

Was nun aber den zweiten Antrag des Braunschweigischen Kirchenvorstandes anlangt, die Suspension oder gänzliche Absetzung des Hrn. Pastor G. betreffend, so stimmen wir vorläufig mit den andern Presbyterien darin überein, daß es der Synode nicht zusteht, eine solche auszusprechen, wo durchaus kein Verbrechen, kein Act der Unsitlichkeit vorliegt, sondern es nur um die Predigtweise sich handelt. Es ist freilich sehr schlimm und im höchsten Grade beklagenswerth, wenn solche gänzliche Verschiedenheit der Glaubensansichten zwischen Prediger und Gemeinde Statt findet; wir müssen deshalb sehr bedauern, daß die Herren Vorsteher, als sie den Herrn Pastor G. der Gemeinde zur Wahl vorschlugen, sich nicht genauer

nach seinem Glaubensbekenntniß und seiner Art zu predigen, erkundigten; aber es wird nun wohl schwer zu ermitteln sein, wer die Schuld dieser Täuschung trägt, wie dies in dem Gesuch der Gemeindeglieder auch sehr richtig bemerkt ist, wo es heißt: "wir wollen nicht untersuchen wem der größte Theil der Schuld, an dem, durch diese Wahl herbeigeführten Mißverhältnisse beizumessen ist." Die Gemeinde konnte unmöglich nach einer Predigt den Hrn. Pastor G. beurtheilen; sie mußte sich darauf verlassen, daß ihr dieser Mann von dem dazu verordneten Presbyterio vorgeschlagen war. Dieses aber hat sich, wie es selbst sagt, auf "die guten Empfehlungen" verlassen, welche uns indeß nicht näher bezeichnet werden. Diesen Empfehlungen trafe also der größte Vorwurf. Sollten wir aber entscheiden, welcher Theil unrecht hat, so müßten wir vor allen Dingen die Vertheidigung des Angeklagten hören, um so viel mehr, da durchaus keine Beweise, außer einem kurzen, aus dem Gedächtniß nachgeschriebenen Predigt-Auszuge bei den Acten sich befinden (denn wir hoffen doch, daß der Hr. Prof. Petri die flüchtigen *bona fide* an ihn gerichteten Privatbriefe des Pastor G. nicht als *corpora delicti* betrachtet wissen will? dagegen müßte sich jedes ehrliebenden Mannes Herz sträuben). Was aber endlich die Anklageschrift der Herren Vorsteher anlangt, so kann diese noch viel weniger in unserm Urtheil uns leiten, da sie theils von einer großen Leidenschaftlichkeit zeugt, theils aber viele ganz ungegründete und unerwiesene Behauptungen aufstellt. Wir bemerken nur in Bezug auf die Behauptung: "der Pastor G. sei anderer Confession als die Gemeinde," daß es sich alsdann fragt: welcher Confession die Gemeinde sei? Sie soll als Mitglied unsrer Synode und wie sie sich selbst nennt, eine evangelisch-reformirte sein; also muß auch der Prediger zur evangelisch-reformirten Confession sich bekennen. Ob er dieser Confession angehöre, das mußte diejenige reformirte Kirchenbehörde entscheiden; bei welcher er sein Examen machte und wir wüßten nicht, was da als Entscheidungsnorm anders gelten kann, als die symbolischen Bücher unsrer Kirche, auf welche ein jeder Prediger der:

selben verpflichtet wird, sofern sie mit der Bibel, als dem höchsten Glaubensgrunde, übereinstimmen. Wir sind weit davon entfernt der Buchstabenorthodoxie und einer falschen mystischen Richtung das Wort zu reden, halten beide vielmehr für höchst verwerflich und dem Geiste des ächten Christenthums zuwiderlaufend, können aber doch darum keinesweges der Anklageschrift in dem Punkte beistimmen, daß es dem Pastor G. zum Vorwurfe gereiche, wenn er bekennt, in dem obersten Glaubenspunkte, mit der ehrwürdigen Brüder-Gemeinde zu harmoniren, die bekanntlich auf demselben Glaubensgrunde mit der lutherischen und reformirten Kirche ruht u. s. w. u. s. w.

Was die andern beiden Anklagepunkte angeht, in denen der Charakter des Hrn. Pastor G. als "ein durchaus verachtungswürdiger und unmoralischer" dargestellt wird, so sind diese Anklagen freilich schwer und wir müssen die arme Gemeinde bedauern, die mit einem solchen Hirten geschlagen ist; allein je schwerer sie sind, um desto mehr sind wir es der Gerechtigkeit schuldig, erst die Vertheidigung des Hrn. Pastor G. zu hören und müssen uns in Bezug darauf also dem Beispiele des Hannoverschen Presbyterii folgend jedes Urtheils enthalten.

Wie aber dem Unglücke abgeholfen werden könne, wie die Existenz der Gemeinde zu sichern ist, welche sich auflösen zu wollen droht, wenn nicht Hr. Pastor G. geht? das ist eine eben so betäubende, wie schwer zu beantwortende Frage. Wenn Hr. Pastor G. alle diese Papiere liest, wenn, wie er es am besten selbst beurtheilen kann, nicht eine bloße Parthei in der Gemeinde, sondern die ganze Gemeinde sich von ihm lössagt, ihn verachten zu müssen Ursache zu haben glaubt; so wird er selbst erkennen, daß er in seiner jetzigen Stellung durchaus nichts zu nützen vermag, sondern daß er nur der Kirche schadet. In einem solchen Fall aber wird es ihm zur unerläßlichen Pflicht, auch wenn man nicht äußere Gewaltmittel gegen ihn anwendet, diese Gemeinde zu verlassen, wie ihm dies sein eigenes Gefühl schon gesagt zu haben scheint, da aus einem seiner beiliegenden Schreiben hervorgeht, daß er

selbst zuerst von einer Auflösung des Bandes, das ihn mit der Gemeinde verknüpft, gesprochen hat, wobei wir aber mit Leidwesen bemerkt, daß von einer Abfindungssumme die Rede gewesen. In wiefern eine solche dabei in Anregung kommen darf, das zu beurtheilen überlassen wir dem Zartgefühl des einen, wie des andern Theils. Gott gebe, daß diese Sache zum Wohl der Kirche baldmöglichst regulirt werde! Celle den 7. Mai 1831.

Zuerst legt sich an den Tag, wie die Mehrzahl der Presbyterien die Sache einzig und allein von dem Standpunkte der Pastoralflugheit ansah und von dem, gewiß nicht zu tadelnden Wunsche getrieben wurde, ein so ärgerliches Schisma, das bereits eine leidenschaftliche Gestalt gewonnen hatte, auf dem leichtesten Wege, durch die freiwillige Abdankung des Hrn. Geibel ausgeglichen zu sehen. Obgleich sie es nicht für erwiesen ansehen wollten, daß Herr Geibel alle, ihm von seinen Gegnern aufgebürdete Schuld wirklich trage, so sprachen sie doch ein tadelndes und verdamnendes Urtheil über seine Lehrweise und die von ihm gepredigten Lehrsätze aus. Zum andern aber erkennen sie an, daß der Synode nicht das Recht zustehe, welches ihr doch wirklich zusteht, ein entscheidendes Urtheil in der Sache zu sprechen, gegen welches Herrn Geibel nur die Appellation an den obersten Bischof übrig bliebe. Hier offenbart sich also wiederum der gänzliche Mangel an Kenntniß von den Rechten dieser Synode bei den Synodalmitgliedern und die beklagenswerthe Haltungslosigkeit einer Verfassung, die wohl in ihren Grundzügen bestimmt, aber keineswegs mit Consequenz ausgebildet und vollendet erscheint. →

Zieht man aber das beobachtete Verfahren in Betracht, so fragt es sich, für wen denn eigentlich die Gutachten gegeben sind? Ihr Inhalt scheint darauf hinzudeuten, als seien sie für Herrn Geibel gegeben und dies mochten auch die meisten Presbyterien geglaubt haben. Allein die Ansicht des Moderators konnte dies nicht wohl sein; denn einmal mußte er, aus jenem Briefe des Pastor Geibels, worin derselbe um Mittheilung der Klageschrift, Behufs seiner Vertheidigung, nachgesucht, erkannt haben, wie durch solche absprechende Urtheile, die noch dazu ausgesprochen waren, ohne daß man ihn zu seiner Vertheidigung aufgefordert hatte, Herr Geibel sich nicht würde bestimmen lassen; zum andern ließ er auch dieselben nicht an Herrn Geibel, sondern vielmehr an die Vorsteher abgehen; von diesen wurden sie dann später dem Angeklagten ins Haus geschickt, ohne daß irgend eine Anzeige von der Synode ihm gemacht worden wäre. Sie konnten also keinen andern Zweck haben, als daß sie den Vorstehern zu Waffen in ihrem Kampfe mit dem Prediger dienen sollten. Nun konnten jene sich auf die Aussprüche der conföderirten Presbyterien berufen, welche es dem Angeklagten zur Pflicht machten, des Friedens wegen das Feld zu räumen, sobald sie es ihrem Plane angemessen hielten, ihre Drohung: die weltliche Macht zu Hülfe zu rufen, auszuführen. Was sollen wir aber von einer geistlichen Behörde sagen, die sich selbst zum Werkzeuge einer Parthei hergiebt und die so hart gegen einen Angeklagten verfährt, daß sie ihn nicht einmal einer directen Zuschickung ihrer Gutachten würdigt, sondern dieselben durch seine Gegenparthei ihm zukommen läßt? Und wer möchte es dem Herrn Pastor Geibel



verargen, wenn er sich nun, als in Opposition stehend mit dieser seiner Behörde ansah, von der er glauben mußte, daß auch sie von dem Haß gegen die Lehre die er predigte zu diesem ungerechten Verfahren getrieben werde? Keine Bemühung die Wahrheit zu ermitteln, kein Versuch die feindselig gestimmten Gemüther zu versöhnen, kein freundliches Wort des Trostes und der brüderlichen Theilnahme war von der Behörde, als solcher, ausgegangen; denn was der Einzelne that, konnte Herrn Geibel nicht leiten bei seiner Ansicht von der ganzen Conföderation. So dürfen wir ihm denn auch keinen Vorwurf machen, daß er sich nicht gedrungen fühlte, den Rath dieser Behörde anzunehmen und zu befolgen; wir dürfen uns nicht darüber wundern, daß er gar keine weitere Notiz von diesem Gutachten nahm und sich in keine Entschuldigung und Vertheidigung gegen dieselben einließ; war ihm doch von ihrem Organ, dem Moderator, auf seine Bitte um Zusendung der Anklageacte — keine Antwort geworden! Die einzelnen Presbyterien aber hielten ihn für einen troßigen jungen Mann, der sich aus der Synode gar nichts mache und in seinem Dünkel sie und ihre Rathschläge verachte, weil sie ihrerseits ein solches Verfahren des Moderators nicht ahnen konnten und also wähnen mußten: Herr Geibel wolle sich nicht verantworten. So war es denn seinen Feinden gelungen, ihn nicht bloß mit seiner Gemeinde, sondern auch mit seinen Collegen und seiner vorgesetzten Behörde zu veruneinigen.

Da die Gegner aber sahen, daß er sich nicht schrecken lasse, sondern gesonnen sei, sein Versprechen zu halten und nur durch die Gewalt vertrieben seinen Platz zu

verlassen, so mußten sie weiter gehen und auch ihrerseits die gegen die Synode ausgesprochene Drohung erfüllen. Sie verklagten ihn also bei der weltlichen Behörde, dem Herzogl. Staatsministerium, welches die Sache an das Landesgericht zu Wolfenbüttel überwies. Dieser Entschluß wurde den Presbyterien abermals durch ein Circular mitgetheilt, welches namentlich von Seiten des Hannoverschen Presbyteriums ein viel heftigeres Gutachten gegen »den Friedensstörer u. s. w.« nach sich zog; ja die Vorsteher dieser Kirche erklärten in einem nicht von dem Prediger mitunterzeichneten Nachtrage, daß sie den Herrn Geibel für »unwürdig und untüchtig« hielten, Prediger zu sein — ein Verfahren, das einem bestimmten Synodalgeseße widerspricht, nach welchem es den einzelnen Mitgliedern eines Presbyterii nicht zusteht in dem Circulare für sich zu stimmen; das durch Stimmenmehrheit beschlossene Votum muß vielmehr von allen Gliedern des Presbyteriums unterschrieben werden. Dieses Verfahren bewog das Presbyterium zu Celle folgende Protestation auszusprechen:

Da es uns zum zweitenmal obliegt in der Braunschweigischen Angelegenheit unser Gutachten abzugeben, so fühlen wir uns veranlaßt, auf das entschiedenste die ganze Verfahrungsweise der Synode zu mißbilligen und auf eine Aenderung dieses Verfahrens, wenn es anders nicht schon zu spät ist, zu dringen.

Es ist uns nemlich höchst befremdend und unbegreiflich gewesen, wie die andern verehrlichen drei Presbyterien ein entscheidendes Gutachten, ja gewissermaßen ein Verdammungsurtheil über den angeklagten Pastor G. habe aussprechen können. Ist unsere Synode eine geistliche Behörde, will sie ihre Würde, als solche, aufrecht halten,

so muß sie doch nicht gegen alle rechtliche Prinzipien verstoßen, nur den einen Theil hören, und darnach absprechen, ohne den andern Theil zu einer Vertheidigung aufzufordern. Wir haben bereits uns erklärt, daß selbst um ein bloßes Gutachten in dieser Sache abzugeben, wir erst Herrn Pastor G. Verantwortung abwarten müssen, solche ist bisher zu unserer Verwunderung noch nicht erfolgt, wir können also, ohne ungerecht zu erscheinen, durchaus kein Urtheil in der Sache fällen. In welchem Lichte aber erscheint die Synode, wenn ihr Verfahren dem größeren Publikum bekannt wird, wie das bei der Wichtigkeit der Sache nicht ausbleiben kann! Wie muß selbst die Regierung, der die Entscheidung jetzt anheim fallen wird, von einer solchen Behörde denken, deren einzelne Mitglieder schmähend und spottend einen Mann verdammen, dessen Betragen sie nur aus den gehässigen und offenbar leidenschaftlichen Darstellungen und Insinuationen der Gegner kennen! Das muß, wie die Ehre, so auch die Existenz der Synode gefährden, um so viel mehr, da sich allenthalben, ja in Braunschweig selbst, viele Stimmen geachteter Männer für den verunglimpften Mann erheben. Da, wie aus der Vorrede zu der in Lübeck gedruckten Gastpredigt des Dr. Geibel sich ergibt, fünfzig stimmberrechtigte Glieder sich für Herrn Pastor G. unterzeichneten und mehrere noch sich bestimmt für ihn erklärten! Das alles hat die Synode nicht untersucht, sondern nur die Anklageschriften gelesen und darnach, als wären sie untrügliche Wahrheit, den Pastor G. verdammt. — Ferner scheint uns, daß bei einer solchen Streitsache, das schriftliche Gutachtengeben unmöglich ausreichen könne. Schon unsere Synodalacten bestimmten Syn. Han. 1730 art. 19 daß wenn Streitigkeiten in der Gemeinde ausbrechen, der Moderator hinreisen und sie auszugleichen versuchen solle. Wäre das gleich anfangs ausgeführt, ehe die Spaltung so groß geworden, so stände es jetzt wohl viel besser. Wortreiche Deklamationen, von denen man nicht einmal

weiß, in wie fern sie die Wahrheit treffen, können unmöglich dazu beitragen, Friede zu stiften, sondern zeugen nur von vorgefaßter Meinung zu Gunsten des einen oder andern Theils. Möchte daher, so schnell wie möglich, eine Synode von dem Herrn Moderator nach Braunschweig zusammen berufen werden. Die Kosten sind wohl zu bestreiten, da die Braunschweigische Kirche wohlhabend ist, und sollten auch alle einzelnen Presbyterien sie tragen, so ist das Wohl und Weh einer ganzen Gemeinde, die jetzt in dem traurigsten Zustande sich befindet, doch wohl eines solchen Opfers werth u. s. w.

Auf diese Protestation erfolgte, zu großer Verwunderung der Protestirenden, durchaus keine Antwort, bis sie denn nach Jahresfrist erfuhren, daß sie von dem Moderator, dem sie zur weitem Beförderung zugesendet worden, niedergeschlagen sei, um den Presbyterien die Portokosten zu ersparen. Was mit den andern Gutachten geschehen, können wir nicht angeben; zu den Augen des Past. Geibels sind sie, nach seiner Versicherung, nicht gelangt. So viel ist deutlich: zu einer Synodalversammlung wollte man es, wo möglich, von Seiten, so wohl der Feinde des Herrn Geibel, als auch des Moderators nicht kommen lassen; sei es nun der Kosten wegen, sei es, weil man sich nicht getraute einen entscheidenden Sieg zu erfechten, sobald der Angeklagte persönlich seinen Richtern bekannt und manche leichtfertige Anklage bei genauerer Untersuchung als solche sich darstellen würde, sei es endlich, weil man hoffte, der weltliche Arm werde schneller die Sache zu Gunsten der Kläger entscheiden. Allein darin hatte man sich getäuscht, denn das Landesgericht zu Wolfenbüttel erteilte am 1. Nov. 1831 die Resolution, »daß der Antrag der Herren Vorsteher auf Untersuchung

gegen Herrn Past. Geibel und auf seine Remotion vom Amte, als nicht gehörig substantiirt, nicht Statt finde.« Was schon längst von Seiten der Synode hätte veranlaßt werden müssen, nemlich eine Versammlung von Abgeordneten der verschiedenen conföderirten Kirchen nach Braunschweig zur Untersuchung, Beilegung oder Entscheidung der Streitigkeit, wurde nun von Seiten der Vorsteher der Braunschweigischen Kirche gefordert. Schon am 24. Nov. 1831 erbaten sie von dem Herzoglichen Staatsministerium die Erlaubniß, daß eine Synode in Braunschweig gehalten werden dürfe und es erfolgte am 9. Januar 1832 die Resolution: »daß auf den Antrag der Vorsteher der reformirten Gemeinde denselben gestattet werde, zur Prüfung und Begutachtung der, gegen den Prediger der reformirten Kirche, Herrn Geibel, erhobenen religiösen Anschuldigungen in Braunschweig die Versammlung einer Synode der vereinigten reformirten Kirchen in Niedersachsen durch deren Abgeordnete zu veranlassen.« Es versammelte sich demnach die Synode und eröffnete ihre Sitzungen am 20. Junius 1832.

Da das Gutachten der Synode, zuerst im Auszuge bekannt gemacht von der Braunschweigischen National-Zeitung, hernach vollständig abgedruckt in der Evangelischen Kirchen-Zeitung, dann mit Anmerkungen versehen, als zweite Beilage der Schrift des Dr. Geibel hinzugefügt und endlich aus dem Bremer Kirchen-Boten (siebentes Heft 1832) mit Noten von Dr. F. A. Krummacher besonders abgedruckt, schon eine große Publicität gewonnen hat und auch zur Charakteristik der Synode der vereinigten Kirche Niedersachsens und ihres Verfahrens in dieser wichtigen Angelegenheit vom höchsten

Interesse ist, so will ich nun das ganze Verfahren der Synode und mithin den Weg beschreiben, auf welchem sie zu diesem Resultat gelangt ist, indem ich theils aus den Acten-Stücken; theils aus dem Protocolle der Synodal-Sitzung berichte. Versuche zur gütlichen Beilegung und Vermittlung der beiden streitenden Theile, die von einzelnen Mitgliedern der Versammlung privative ausgingen, erwiesen sich sogleich als vergeblich, wie das bei der leidenschaftlichen Stimmung der Partheien und bei dem bisherigen unangemessenen Benehmen der kirchlichen Behörde wohl nicht anders sein konnte. Die Vorsteher erklärten: sie wollten nichts anders als die Entfernung des Gegners, eine Versöhnung wäre unmöglich! Herr Geibel dagegen erklärte: er bliebe bei seinem früheren Entschlusse, nur der Gewalt zu weichen, und wenn er gleich gern eine Vermittlung sehe, so würde er sich doch niemals gutwillig entfernen. Als die Vorsteher klagend vor die Versammlung traten, suchten sie sich vor allen Dingen als Bevollmächtigte der Gemeinde zu legitimiren und verwahrten sich gegen die Ansicht, als ob sie für sich persönlich oder nur als Mitglieder des Presbyteriums handelten. Um diese Vollmacht beizubringen, hatten sie, wenige Tage vor der Eröffnung der Synodal-Verhandlungen, durch das Herzogliche Stadt-Gericht zweiten Bezirkes eine Vernehmung aller einzelnen, zu dem Zwecke einberufenen stimmfähigen Gemeindeglieder veranlaßt, welchen die Frage vorgelegt wurde: ob sie die Entfernung des Herrn Pastor Geibel vom Amte verlangten, und die Vorsteher bevollmächtigten, auf jede rechtliche Weise dieselbe zu erwirken? Aus dem beigebrachten gerichtlichen Documente ging hervor, daß 70

Mitglieder der Gemeinde diese Anfrage bejaht, 20 sie verneint hätten. Hier trat sogleich die Schwierigkeit hervor, daß die Synode nicht wußte und nicht zu bestimmen vermochte, wer als stimmfähiges Gemeindeglied zu betrachten sei und ob die Ausschließung der Armen, der eingepfarrten Dorfgemeinde u. s. w. rechtmäßig geschehen, oder nicht, denn die Vorsteher beriefen sich auf den Gebrauch, und das Synodal-Gesetz lautete, wie vorher nachgewiesen, nicht bestimmt genug. Eine solche Vernehmung hätte, sobald darauf überhaupt ein Werth gelegt worden wäre, von der Synode vorgenommen und an die einzelnen Gemeindeglieder nicht jene allgemeine, sondern die bestimmte Frage gerichtet werden müssen: ob und weshalb sie die Entfernung des Herrn Weibel verlangten? Wie hätte man sonst dem umgehenden üblen Gerüchte entgegentreten wollen, das laut genug verkündigte, viele Gemeindeglieder wären nur durch Ueberredung oder Drohung von Seiten der vornehmen und reichen Vorsteher zu ihrem Ja getrieben worden? Indessen mußte eine solche Vernehmung bei genauerer Erwägung als ganz unausführbar erscheinen. Wie sollten die in der Stadt fremden Synodalglieder alle Hausväter ermitteln? wie sollte die Aufforderung erlassen und wie die Vernehmung vorgenommen werden? Wie sollte dies alles endlich in der Kürze der Zeit, in welcher noch so vieles vorzunehmen war, veranstaltet werden? Doch hielt man, und gewiß mit Recht, eine solche Vernehmung der Hausväter, wie die Ermittlung, welche von ihnen als stimmfähig anzusehen wären, für den vorgesezten Zweck unnötig. Es leuchtete in die Augen, daß mit den Vorstehern eine sehr große Zahl der Gemeinde-

glieder die Entfernung des Herrn Geibel wünschte, nachdem sie sich durch seine Lehre und sein Verhalten zurückgesetzt fühlte; es lag der Synode ob, zu erforschen, in wiefern dieser Wunsch billig und zu erfüllen sei, und in wiefern Herr Geibel durch sein Verhalten und durch seine Lehre das Vertrauen jener großen Zahl von Gemeindegliedern selbst verscherzt habe; die Thatfachen mußten den Ausschlag geben, nicht die Zahl der Gegner. Ja, auch den Vorstehern allein muß es erlaubt sein, den Prediger ihrer Gemeinde als einen Irlehrer oder einen unsittlichen Menschen zu verklagen und seine Entfernung zu verlangen, sollen sie ihre Pflicht für das Wohlsin ihrer Gemeinde zu sorgen, treulich erfüllen können. Giebt der Prediger durch falsche Lehre oder unsittlichen Wandel Anstoß, so muß er auch in dem Fall entfernt werden, daß die Mehrzahl der Gemeindeglieder mit der Lehre zufrieden ist, und seine Schwächen und Sünden übersieht; aber umgekehrt muß auch der, als unschuldig erkannte Prediger, von der nicht bloß zu schützen, sondern auch zu richten berufenen Behörde in Amt und Würde erhalten werden, wenn auch die Mehrzahl der Gemeindeglieder nicht mit seiner Lehr- und Lebensweise zufrieden ist.

Nach einem längern Vortrage eines der Herren Vorsteher, der die ganze Entwicklung des Streites erzählte, stellten die Kläger folgenden Antrag an die Synode, den sie durch ähnliche Gründe, wie früher in ihrem Circulare zu motiviren suchten:

- 1) Herr Pastor Geibel hat sich zu der durch den Tod des Herrn Pastors Dr. Petri erledigten Stelle eines Predigers der hiesigen reformirten Gemeinde gemeldet, ohne



sein Glaubensbekenntniß mit einzusenden, hat sich darauf eine Zeitlang in Braunschweig aufgehalten, und während dessen von den Vorstehern, dem Herrn Professor Petri und auf mannichfache andere Weise die Ueberzeugung erhalten, daß die reformirte Gemeinde zu Braunschweig sich zu einem vernunftmäßigen biblischen Christenthum bekenne, und nichts mehr fürchte, als einen Mystiker zum Prediger zu erhalten.

- 2) Herr Pastor Geibel hat hiernächst, nachdem er nicht von der Synode, sondern von seinem Vater ordinirt war, aus mehreren von ihm früher verfaßten Predigten, diejenige zur Probe-Predigt absichtlich ausgewählt, welche die streitigen Dogmen ganz überging oder wenigstens möglichst verhüllte, obgleich er sich in seinem Gesuchschreiben besonders auf seine Probe-Predigt bezogen hatte.
- 3) Nachdem die Wahl auf ihn gefallen war, hat er sich offen als Mystiker in seinen Predigten und dem Jugendunterrichte zu erkennen gegeben, indem er die leidhaftige Existenz des Teufels verfocht, den todten Buchstaben der Bibel mit völliger Beseitigung der Vernunft, zu verehren befohlen, die Erbsünde und die Niedersfahrt zur Hölle lehrte, und an die Spitze seiner Lehren das Dogma stellte, daß lediglich und allein der Glaube an den Opfertod Jesu Christi selig machen könne.
- 4) Obgleich die Vorsteher ihn wiederholt gebeten haben, diese der Gemeinde anstößigen Lehren aus seinen Kanzeln vorzutragen und dem Jugendunterrichte wegzulassen, oder wenigstens nicht fortwährend und hauptsächlich zu behandeln, hat er fast sonntäglich diese Lehren zum Hauptgegenstande seiner Predigten gemacht und die Gemeinde sowohl als insbesondere auch die Jugend, zu überreden gesucht, daß nur sein Glaube zum Heil und zur Seligkeit führe.
- 5) Die Vorsteher haben ihn zum Rücktritt vom Amte, gegen eine angemessene Entschädigung aufgefordert; er ist hierauf nicht nur eingegangen, sondern hat eigentlich

selbst die Aufforderung veranlaßt; als aber die Anerbietungen der Vorsteher dringender und bestimmter wurden, sind von ihm alle Propositionen mit dem Zusatze zurückgewiesen, daß er in der Geringfügigkeit der ihm gebotenen Abfindungssumme die Stimme Gottes, die ihm zu bleiben befehle, erkenne, daß er aber, wenn man ihm namentlich Beibehaltung seines vollen Gehaltes zugesichert hätte, darin einen Fingerzeig der Vorsehung, sein Amt aufzugeben gesehen haben würde.

Das Presbyterium trägt Namens der Gemeinde ganz gehorsamst an:

auf den Ausspruch der Synode, daß die sub 3 gedachten Lehren, dem Glauben der zur niedersächsischen Synodal-Konföderation vereinigten reformirten Kirchen zuwider seien, daß Herr Pastor Geibel aus diesem Grunde, und da er seinen Glauben der hiesigen reformirten Gemeinde, bekannt mit deren religiösen Ansichten, vor der Wahl verschwiegen, auch durch Wort und That erklärt hat, daß er jene Lehren nicht aufgeben, sondern sein Evangelium hier fortwährend verkündigen wolle, da er endlich das Vertrauen der Gemeinde völlig und unwiederbringlich verloren habe, und deshalb den Zweck seines wichtigen Amtes nicht mehr erfüllen könne, Prediger der hiesigen reformirten Kirche nicht bleiben dürfe, und daß, wenn seine Entfernung vom Amte nicht erlangt werde, die Auflösung der Gemeinde entschieden und unvermeidlich sei.

Die beiden ersten Punkte der Anklage-Acte wurden sehr bald, als durchaus nicht gravirend, von der Versammlung anerkannt und daher zurückgelegt. Wie kann irgend ein Gericht nach einer Ueberzeugung forschen wollen, die der Beklagte zu dieser oder jener Zeit gehabt habe! Wie darf ein Kläger auftreten und einen An-

bern ohne weiteres beschuldigen, er habe diese oder jene Ueberzeugung gehabt! Auch liege es ja nicht, weder nach den Synodalgesezen, noch nach dem in alten Kirchen reformirter Confession herrschenden Herkommen, dem sich meldenden Candidaten ob, sein Glaubensbekenntniß der wählenden Gemeinde einzuliefern. Wenn Herr Geibel eine schon früher in Lübeck mit Beifall gehaltene Predigt zur Wahlpredigt ausgewählt hat, und zwar eine solche, die mehr das Allgemeine des christlichen Glaubens und Lebens, als einzelne Dogmen berührt, so hat er gethan, was Viele vor ihm gethan haben, was Viele nach ihm thun werden. Freilich ist seine Offenheit und Freimüthigkeit, mit der er dies seinem schlaunen, mit seinem Neße ihm umstellenden Feinde, dem Herrn Professor Petri, erzählt hat, zu beklagen, denn dieser hat seine gutmüthige Aeußerung zu einem Pfeile bearbeitet, der den verhassten Gegner schmerzlich treffen sollte, wie in seiner Schrift S. 18, 77, 80 Anmerk. 3 nachgelesen werden kann. Die Wahlpredigt soll überhaupt kein Glaubensbekenntniß, sondern nur für die Gemeinde ein Mittel sein, die Art des Vortrages zu beurtheilen, dessen sich der Candidat bei seinen Predigten bedient; es soll ihr damit also eine Anleitung gegeben werden, zu erforschen, ob sie wohl diesen, ihr vorgestellten Mann als Lehrer haben und seine Vorträge anhören möchte. Liegt ihr daran, seine Glaubens-Ansicht genauer erkennen und über seine Lehrweise urtheilen zu können, so muß sie nach beiden durch ihre Vorsteher forschen, und in Bezug auf erstere sich auf die kirchliche Behörde, die ihn geprüft hat, verlassen. So erscheint es denn als eine durchaus unbegründete Beschuldigung, wenn der Herr Professor

dem Herrn Geibel den Vorwurf macht: als habe er sich durch ein unrechtmäßiges Mittel das Amt erschlichen, indem ihm nicht, was er gesagt, sondern was er nicht gesagt und nach Pflicht und Gewissen hätte sagen müssen, zum Vorwurf gemacht werden dürfe.

Als zu genauer Untersuchung ihr vorliegend konnte die Synode blos die drei letzten Klagepunkte ansehen, welche theils die Lehre, theils die Handlungsweise des Angeklagten, doch nur in sofern er sie auf religiöse Motive zurückführte, angingen; und diese Untersuchung und Begutachtung stellte sie sich als die zu erfüllende Aufgabe. Ehe wir aber die Resultate dieser Untersuchung vortragen, ist anzuführen, daß der Herr Pastor Geibel bei seinem ersten Erscheinen vor der Synode folgende Protestation einlegte:

Es dürfte zweckmäßig sein, und der Thätigkeit dieser geehrten Versammlung eine bestimmtere Richtung geben, wenn ich vor dem Beginne der Verhandlungen mir folgende Bemerkung erlaube:

- I. Ich kann der Synode überhaupt, mithin auch der jetzt versammelten Commission das Recht nicht zugestehen: über die Beschwerden, welche die Herren Vorsteher gegen mich vorgebracht haben, zu richten.

Eine solche Befugniß steht derselben nach den Statuten unseres Synodalverbandes »so weit dieselben noch jetzt Verbindlichkeit haben und als Gesetze gelten« nicht zu, noch weniger nach den Gesetzen des hiesigen Landes, welche keine Ausnahme von der Jurisdiction der gewöhnlichen Gerichte, namentlich keine Consistorialgerichtsbarkeit kennen.

Die einzelnen Presbyterien haben in ihren, zuerst in dieser Angelegenheit abgegebenen Gutachten selbst anerkannt, daß ihnen eine Entscheidung nicht zustehe,

und selbst wenn ihnen eine solche zustände, würden die selben Bedenken tragen müssen, in einer Angelegenheit zu richten, in der sie — mit Ausnahme des Celleschen Presbyteriums — auf den einseitigen Vortrag eines Vertheiligten sich auf eine dem Gegentheile ungünstige Art bereits ausgesprochen haben.

- II. Sobald dagegen die Synode das Amt der Vermittlung und Versöhnung übernehmen will, werde ich dieses zwar mit freudiger Bereitwilligkeit, mit herzlichem Dank anerkennen, muß jedoch, nach reiflicher Ueberlegung, kategorisch und unabänderlich erklären, daß ich jeden Vorschlag, der sich auch nur im Entferntesten auf ein Zurücktreten von meinem Amte bezieht, unbedingt von mir abweisen und auch nicht ein Mal in Erwägung ziehen werde.

Die Versammlung erklärte hierauf, daß sie selbst sich keineswegs befugt halte, als eine richterliche Behörde aufzutreten, und auf die Frage: was wohl Herrn Geibel zu solcher Verwahrung könne bewogen haben, erwiderte er, daß ein Brief des Moderators die Veranlassung gegeben, der ihm die bevorstehende Zusammenkunft der Synode mit dem Bemerkten: »nun werde man über ihn richten«, angezeigt habe. Diese bereitwillige Erklärung der Synode, daß sie sich selbst nicht einmal für befugt halte, ein entscheidendes Urtheil in diesem Streite auszusprechen, könnte man tadeln, da ihr, wie dies vorher erwiesen ist, sobald sie sich constitutionsmäßig unter Beisitz eines Commissarii Principis versammelte, das Richteramt in solchen kirchlichen Angelegenheiten wie diese, wenn auch nicht in höchster Instanz, zusteht; man könnte es namentlich auch dem Schreiber dieser Zeilen zum Vorwurf machen, daß er wie andere auf diese Erklärung gedrungen. Allein man bedenke doch,

daß die Sache nicht mehr *res integra* war, daß die einzelnen Presbyterien schon in ihren Circularen, besonders durch das voreilige Aburtheilen vor der Untersuchung, dieses Recht verscherzt hatten, daß die Synode namentlich, wenn sie ihr Recht hätte aufrecht erhalten wollen, schon früher hätte zusammenkommen und die Sache aus eigenem Antriebe untersuchen müssen; daß sie jetzt aber erst auf eine Aufforderung der Landesregierung, die ausdrücklich nur eine Begutachtung verlangte, zusammengekommen war. Wie sollte sie aber wohl, mit ihren unzusammenhängenden, schwankenden Gesetzen, bei ihrem gänzlichen Mangel an einer festen Organisation, in Opposition treten mit dem Landesherrn, der ihre Zusammenberufung nur zu jenem beschränkten Zweck der Begutachtung genehmigt hatte? Was soll aber das Pochen auf sein Recht helfen und nützen, sobald man sich überzeugt hat, daß die Kraft fehlt, dieses Recht zu behaupten, ja sogar die Fähigkeit, von demselben einen heilsamen Gebrauch zu machen? Es war also gewiß rathsamer und angemessener, dieses Recht für den vorliegenden Fall freiwillig aufzugeben, und sich für spätere Zeiten erst wieder so weit zu stärken, daß man ohne Gefahr ein solches Recht habe und üben könne.

Doch gehen wir nun auf die Untersuchung zurück, welche die Synode anstellte, um die Begründung der drei letzten Klagepunkte zu ermitteln. Herr Weibel war als Mystiker bezeichnet, weil er erstens die leibhaftige Existenz des Teufels verfechte. Er erklärte sich über diese Anschuldigung dahin: Er habe allerdings gelehrt, daß ein Teufel als persönlich wirkendes Wesen existire, aber er habe nur von der geistigen Einwir-

fung desselben auf den Menschen gesprochen. Dieses bewies er, indem er jene vorhin erwähnte Predigt mittheilte; auch gaben sich die Ankläger hienit zufrieden, und ließen das leibhaftig fallen, »weil ein solcher Teufels Glaube, wie ihn Herr Geibel in seiner Aussage bekannt habe, immer abgeschmackt genug bleibe und ihn hinlänglich als Mystiker charakterisire.«

Zweitens wurde er beschuldigt, »als habe er den todten Buchstaben der Bibel mit völliger Beseitigung der Vernunft zu verehren befohlen.« Diese Beschuldigung erklärte Herr Geibel für durchaus ungegründet, und seine Ankläger verwiesen nun, als sie keine Beweise beizubringen vermochten, die Synodalen auf ihren geistlichen Anwalt, den Herrn Professor Petri, welcher folgende Erklärung abgab: »Herr Geibel habe gelehrt, man müsse die Vernunft an die Bibel legen als an ihr Kriterium, und der Grund, warum solches geschehen müsse, sei, weil jeder Mensch eine besondere Vernunft habe.« Wie man diese Behauptung dem Herrn Geibel zum Vorwurf machen und aus ihr eine Anklage schmieden konnte, sieht man freilich nicht recht ein und schwerlich wird irgend ein Geistlicher, der überhaupt nur auf biblischem Grunde stehen will, etwas wider diese Behauptung einwenden können. Auch wurde wirklich sogleich von allen Theologen in der Synode dieser Anklagepunkt zurückgewiesen. Nur ein bis zur Absurdität rationalistischer Halbtheologe kann die Wahrheit leugnen, welche in jener Behauptung des Angeklagten ausgesprochen liegt.

Drittens warf man es Herrn Geibel vor, »daß er die Erbsünde gelehrt habe.« Ueber diese Beschuldigung

sprach sich Herr Geibel folgendermaßen aus: »Er habe wohl von der Erbsünde gesprochen, als von einer von Geschlecht zu Geschlecht sich fortpflanzenden vorherrschenden Inclination zum Bösen, aber nicht als von einer vom Vater auf den Sohn sich forterbenden Sünde, nicht so als ob alle sittlichen Kräfte des Menschen zerstört wären, sondern nur so, daß er behauptet habe, dieselben hätten durch die Sünde des ersten Menschen eine verkehrte Richtung bekommen.« In Bezug auf diese Erläuterung des Herrn Geibel erwiederte Herr Petri: »Es scheine Herr Pastor Geibel den ihm gemachten Vorwurf so zu fassen, als habe man ihm Schuld gegeben, die Erbsünde sei nach seiner Meinung ein speciellcs Böses.« Das sei nicht der Fall; wohl aber nehme er eine wesentliche Verderbung der menschlichen Natur durch den Fall Adams an und gehöre somit zu den infralapsariis.« Dieses Raisonnement zeigt denn freilich zur Genüge, wie wahr Herr Petri spricht, wenn er S. 67 in der Anmerkung sagt: »mein eigenes theologisches Wissen reicht nicht weit.« Denn wenn er in der Geschichte der reformirten Kirche bewandert wäre, so mußte er wissen, daß die eigenthümliche Ansicht jener Theologen, welche infralapsarii genannt wurden, in ihrer Auffassung der Prädestinationslehre begründet ist, indem sie diese, auf der einen Seite freilich im Gegensatz mit den supralapsariis, auf der andern Seite aber, mit diesen gemeinschaftlich, gegen die Arminianer verfochten. Von dieser Lehre jedoch ist bei den Anschuldigungen des Herrn Geibel nirgends die Rede und hätte also Herr Petri denselben in Bezug auf die Lehre von der Erbsünde eben so gut einen supra- als infra-



lapsarius nennen können. Daß übrigens Herr Weibel die wesentliche Verderbung gelehrt habe, ist von demselben, wie man aus obiger Erklärung sehen kann, keineswegs anerkannt.

Wiertens. In Bezug auf die Anschulldigung der Lehre von der Niedersahrt zur Hölle (soll heißen, Niedersahrt Christi zur Hölle) erklärte Herr Weibel, »daß er sie nach dem Apostolischen Glaubensbekenntniß allerdings gelehrt habe, weil er sie ansehe, als ein Eintreten des Herrn in die Todtenwelt, um auch dort den herrlichen Sieg, den errungenen, zu offenbaren.«

Fünstems, endlich wird ihm hauptsächlich noch vorgeworfen, daß er an die Spitze seiner Lehre das Dogma gestellt habe, daß lediglich und allein der Glaube an den Opfertod Christi selig machen könne. Zu näherer Erklärung dieser Anschulldigung las er einen Brief vor, den er in Beziehung hierauf an den Herrn Professor Petri geschrieben hatte, und in welchem es hieß: »Ich glaube, daß der Mensch einzig und allein durch den Glauben an den Opfertod Jesu Christi, und durch das gläubige Ergreifen und Anwenden der um Seinetwillen ihm gebotenen Gnade selig werden könne.« Dem fügte er hinzu: »Ergreifen und Anwenden beziehe sich darauf, daß man nicht auf die Gnade Gottes hin fortsündigen dürfe, sondern kräftig streben müsse, zur Sittlichkeit, zur Veredelung und Gottseligkeit zu gelangen. Was endlich den Vorwurf anlange, daß er fast sonntäglich diese Lehren vorgebracht, so gestehe er ein, daß er die Lehre von dem Versöhnungstode vorzugsweise, die Lehre vom Teufel aber nur einmal auf besondere Veranlassung vorgebracht habe.« Die Lehre von der

Niederfahrt Christi zur Hölle glaubt Herr Geibel nie auf der Kanzel ausgesprochen zu haben, während er zugiebt, von der Erbsünde nach obiger Erklärung im Zusammenhange mit der Versöhnungslehre allerdings mehrere Male geredet zu haben.

In Bezug auf diese also entwickelten Lehren, welche die Synode nach dem Gesuche der Vorsteher als Grund für die Entfernung des Herrn Pastor Geibel angeben sollte, hat die Versammlung dahin entschieden: daß diese Lehrrsätze zu den, unter den Theologen der reformirten Kirche noch unentschiedenen gehörten; sie hat mithin, wie Herr Dr. Krummacher S. 9 richtig bemerkt, den Herrn Geibel in Hinsicht auf die Lehre freigesprochen. Wenn nun auch gegen die Abfassung dieses Ausspruchs sich mit Recht manches wird einwenden lassen, so erscheint es doch zum wenigsten hart, wenn Herr Dr. Krummacher S. 6 behauptet, »es sey dies keinesweges so gemeint, sondern nur ein leises Auftreten, um, wie es scheine (!), dem Vorwurfe des eigenen Unglaubens an die Fundamental-Artikel der Evangelischen Kirche zu entgehen.« Ich muß diese Verdächtigung auf das Entschiedenste zurückweisen, denn ich habe die Ueberzeugung, daß sich keiner der Urtheilenden (es waren nach unsern Synodalstatuten ebensoviele Vorsteher als Prediger, also nicht bloß »geistliche Brüder,« die ihre Stimme abzugeben hatten) von dieser Furcht leiten ließ. Es verhielt sich die Sache vielmehr grade so, wie sie aus den Worten des Gutachtens demjenigen auf den ersten Blick entgegentritt, der ohne vorgefaßte Meinung und ohne die Absicht, daran zu deuteln, dieselben liest. Es legten sich, als über die Lehrrsätze verhandelt wurde,

verschiedene Ansichten zu Tage; während einige der Synodalen von rationalistischem Standpunkte aus die Lehrsätze in der Weise, wie sie Herr Geibel ausgesprochen hat und ausgesprochen wissen will, als unbiblisch und zu mystischer Kopfhängerei führend, verdammt, bekannten sich andre entweder theilweise oder ganz entschieden zu denselben. Was sollte nun werden, wenn nicht der eine über den andern richtend aburtheilen wollte? Dazu aber fühlte sich keiner berufen; eben so wenig konnte von dem einen oder dem andern verlangt werden, daß er sich zu der entgegengesetzten Ansicht bequeme oder sie gutheiße, da doch vorauszusetzen war, daß einem jeden das Bekenntniß seines Glaubens Gewissenssache sey, wie es denn auch wohl nicht gut möglich war, durch eine solche Disputation, wie sie Statt hatte, und innerhalb der Gränzen, welche die Beschränkung der Zeit vorschrieb, nur Statt haben konnte, eine wirkliche Bekehrung des einen oder andern Theiles herbeizuführen. Die an die Synode gestellte Frage aber lautete, nur mit andern Worten: Ob Herr Geibel bey jenen Lehren noch evangelisch-reformirter Prediger bleiben könne? Darauf erfolgte die Antwort: Es giebt viele Theologen in der reformirten Kirche (von der lutherischen zu reden, war keine Veranlassung, da eine reformirte Gemeinde bei einer reformirten Kirchenbehörde anfragte), welche so lehren, wie Herr Geibel, aber auch viele, welche diese Lehrsätze für unbiblisch, ja selbst für schädlich halten; unter uns selbst sind solche, von denen das eine, wie das andere gilt; es steht uns aber nicht zu, darüber zu entscheiden, welche von beiden positiv Recht haben, da wir uns nie zu einer solchen Entscheidung vereinigen,

die Mehrzahl der Stimmen aber in Glaubenssachen nicht als entscheidend gelten lassen können. Ja selbst dann, wenn wir selbst einig wären, würden wir uns nicht für berufen halten dürfen, ein Rehergericht zu constituiren, und daher können wir denn auch nach dem, was wir erfahren haben, den Angeklagten seiner Lehre wegen nicht für unwürdig erklären, das Predigtamt bei einer reformirten Gemeinde zu verwalten. Wer sich in die Lage der Synodalglieder, bei der eigenthümlichen Stellung, die sie anzunehmen getrieben wurden, versetzen kann, wird anerkennen müssen, daß ihnen nichts anderes auszusprechen übrig blieb; auch wird durch diese einfache Darlegung der bittere Spott des Herrn Dr. Krummacher, so wie seine wunderliche Aufforderung, »daß es der Synode gefallen möchte, die unter den reformirten Theologen noch unentschiedenen Lehrsätze anzugeben,« hinreichend zurückgewiesen sein.

Die Synode unterschied aber zwischen den Lehrsätzen selbst, um dererwillen Herr Geibel als Irrlehrer angeklagt war, und der Anwendung und Ausführung dieser Lehrsätze in seinen öffentlichen Vorträgen, und daß sie dieses thun durfte, wird niemand in Abrede stellen, da es ja unleugbar ist, daß gar häufig der Zusammenhang, in welchem etwas ausgesprochen wird, die Form, deren man sich dabei bedient, die Umstände, unter welchen es geschieht, das, was an sich nicht zu tadeln ist, in einem verkehrten Lichte erscheinen lassen. Demgemäß nun erklärte die Synode, daß es Herrn Pastor Geibel an der nothwendigen Pastoralweisheit gefehlt und er in seinen Vorträgen der Phantasie und dem Gefühle allzu großen Vorschub geleistet habe; das aber that sie nicht sowohl,

um ihn deshalb zu verdammen, sondern um den Grund hervorzuheben, aus welchem bei einem großen Theile der Gemeinde der Widerspruch gegen seine Lehre entstand. Glaube doch aber keiner, was Herr Dr. Geibel zu glauben scheint, daß namentlich die geistlichen Synodalen, als sie jenen Ausspruch niederschrieben, im pharisäischen Hochmuthe gerufen hätten: ich danke dir Gott, daß ich nicht bin, wie dieser! Glaube keiner, daß sie sich bei dieser Gelegenheit ihres eigenen Mangels an ächter Pastoralweisheit nicht bewußt geworden wären. Nicht ein liebloses Richten über den Bruder veranlaßte sie zu jenem Ausspruch, sondern die Verpflichtung, dem einen wie dem andern Theile unparteiisch sein Recht widerfahren zu lassen. Wohl wurden einige seiner Gegner, namentlich Herr Petri, wie er es ja auch in seiner Druckschrift zur Genüge selbst eingestanden hat, von der Feindschaft gegen die Lehre und dem Haß gegen das eigenthümlich Christliche in den Vorträgen des Pastor Geibel zum Widerspruch gegen ihn getrieben; keineswegs aber läßt sich eine gleiche Feindschaft wider das Evangelium bei der ganzen Gemeinde voraussetzen. Wir können diese Behauptung aber nicht besser als durch die eigenen Worte des Herrn Geibel, wie wir sie im Protocolle lesen, begründen. Nachdem er es nemlich nicht in Zweifel gezogen hat, daß sich die Mehrzahl der Gemeindeglieder wider ihn erklärt und die Vorsteher zum Kampfe gegen ihren Seelsorger bevollmächtigt habe, sagt er selbst in der vierten Sitzung: »daß er auch jetzt noch die Ueberzeugung habe, daß in dem größeren Theile der Gemeinde nicht die rationalistische Tendenz herrsche.« Was bewog denn aber nun diese Mehrzahl

zum Widerspruch? Wenn auch der eine oder der andre sich aus Menschengefälligkeit an Herrn Petri anschloß, so darf man diesen Grund doch gewiß nicht bei allen voraussetzen; sondern das wird sich vielmehr behaupten lassen, daß bei der Mehrzahl entweder ein Vorurtheil gegen Herrn Geibels Lehrart oder ein entschiedenes Mißtrauen gegen seine Aufrichtigkeit müsse wirksam gewesen sein. Die Synode hat das erstere erkannt und zeigt darauf hin, wie dieses Vorurtheil nicht durchaus unbegründet, wie es eben nicht ein leeres Vorurtheil gewesen, sondern vielmehr durch die Schuld des Herrn Geibel herbeigeführt worden sei, indem derselbe einmal nicht mit derjenigen Ruhe und Besonnenheit, die er als Prediger, namentlich in so schwierigen Verhältnissen, hätte zeigen müssen, zu Werke gegangen ist, und zum andern sich von einer, ihm eigenthümlichen, die Phantasie und das Gefühl ganz besonders anregenden Lehrweise so weit hat fortreißen lassen, daß er eben durch sie in jene unerfreuliche Opposition auch mit solchen Gemeindegliedern gerathen ist, die für die Lehre selbst, wäre sie nur anders vorgetragen, nicht unempfänglich waren. Ob aber Herr Dr. Krummacher Recht hat, wenn er sagt: »diese Beschuldigung (eben so gut könnte man Entschuldigung sagen) hätte billig näher entwickelt und begründet werden müssen,« wollen wir hier nicht entscheiden; doch möchte es uns wohl bedünken, daß eine nähere Ausführung der Gründe, wegen welcher die Synode sich zu solcher Aeußerung veranlaßt gefunden, in dem Gutachten selbst nicht wohl am rechten Orte gewesen wäre; auch glauben wir nicht, daß der zunächst dabei Betheiligte sich darüber beklagen würde, da mehrere dieser

Gründe ihm privative angeführt und theilweise von ihm selbst anerkannt worden sind. Sie vor dem großen Publikum zu wiederholen, mag mir erlassen bleiben, da sie eben nur in Privatmittheilungen gegeben wurden und der Natur der Sache nach auch nur in solchen gegeben werden konnten.

Eine ähnliche Bewandniß hat es auch mit der Behauptung: daß er vorzugsweise jene obenbezeichneten Lehrsätze hervorgehoben, durch welche er sich besonders bei der ihm eigenthümlichen Art der Behandlung in offenbaren Widerspruch mit der Gemeinde gesetzt hatte. Herr Dr. Geibel behauptet, dieses sei nur wahr in Beziehung auf die Lehre von der Erbsünde und von der versöhnenden Kraft des Todes Christi, nicht aber auch in Beziehung auf die übrigen Lehren. Allein grade die Predigt, in welcher Herr Geibel von der Wirksamkeit des Teufels sprach, hat den entschiedenen Widerspruch in seiner Gemeinde erregt, und er gesteht ein, daß er sie mit Absicht vorgetragen. Es erscheint nun aber grade dieses als das Eigenthümliche in seinen Predigten und seiner Predigtweise, daß er, vielleicht unbewußt und ohne es zu wollen, die Extreme hervorhebt und das Vermittelnde und Versöhnende, welches ihm zu Anknüpfungspunkten hätte dienen können, um das ungläubige und von Vorurtheilen geblendete Gemüth zur Wahrheit und zum Glauben zu führen, zurückweist. Daß er selbst aber eine solche Opposition, durch welche der Widerspruch auch bei denen, die der Wahrheit noch nicht entfremdet sind, hervorgerufen wird, als verkehrt und das Sectirerische bezeichnend ansieht, ergiebt eine von ihm gethane nicht unwichtige Erklärung, die, wenn die

Synode feindselig hätte verfahren wollen, von ihr wohl als eine Waffe gegen ihn hätte gebraucht werden können. Als nemlich davon geredet wurde, ob und wie fern er bei seinem ersten Aufenthalte in Braunschweig, der Gastpredigt wegen, das Wesen im Wuppertal getadelt habe, gestand er ein, er habe allerdings in Beziehung auf das sectirerische Wesen, welches sich da finde, dem ausgesprochenen Tadel beigestimmt, dagegen aber das allgemeine religiöse Leben in jener Gegend anerkennend gerühmt. Nun wurde ihm die Frage gestellt, was er unter sectirerisch verstehe, und darauf gab er des andern Tages schriftlich zu Protokoll: »daß es ihm als das Zeichen eines, bei seinem früheren Aufenthalte im Wuppertale ihm aufgefallenen sectirerischen Wesens erschienen sei, daß man in den Haupt- und Grundwahrheiten des Christenthums übereinstimmend, um einer Verschiedenheit der einzelnen Lehrmeinungen willen, häufig sich einander ausschließend gegenüber zu treten scheine.« Wendet man nun diese Erklärung auf die Verhältnisse in Braunschweig an, so muß freilich zugestanden werden, daß Herr Weibel keineswegs glauben konnte, mit Herrn Petri in Beziehung auf die Haupt- und Grundwahrheiten des Christenthums übereinzustimmen, da dieser die Bibel als Glaubensgrund vernichtet, indem er sie von seiner Vernunft verbessern oder ergänzen lassen will; wohl aber muß gefragt werden, ob er sich denn nicht mit der großen Mehrzahl seiner Gemeinde, der er selbst das Zeugniß giebt, daß sie nicht auf rationalistischem Grunde stehe, in den Haupt- und Grundwahrheiten einig fühlen und sie denn durch allmähliges Fortschreiten für die Annahme oder die Ertragung der einzelnen Lehrsätze, die ihn noch



von ihr schieden, empfänglich machen konnte? Hätte er nicht in jugendlichem Troß die Extreme vorzugsweise hervorgehoben, und wäre er dem Rath, der ihm gewiß in guter Absicht gegeben wurde, gefolgt, so wäre es schwerlich zu jenem offenen Widerspruch der Gemeindeglieder gekommen.

Aus dieser einfachen und getreuen Darstellung wird ein jeder vorurtheilsfreie und unparteiische Leser erkennen, daß die Synode durch die mit a, b und c bezeichneten Sätze nichts anders gewollt hat, als den Grund angeben, aus welchem Herr Weibel wegen der genannten Lehrsätze einen solchen Widerspruch bei seinen Gemeindegliedern gefunden und daß sie keinesweges, wie Herr Dr. Krummacher mit bitterem Spott S. 11 sie nennt, eine Synodal-Anklage bilden sollen, ja daß sie durchaus nicht das Gepräge der Lieblosigkeit tragen, wie Herr Dr. Weibel von ihnen behauptet.

Ueber den letzten Punkt der Anklage, welcher das Verfahren des Herrn Weibel bei seiner Unterhandlung mit den Vorstehern über seinen etwaigen Rücktritt vom Amte berührt, erklärte sich die Synode entschieden gegen Herrn Weibel. Es hatten sich ihr die Thatfachen, wie sie vorher geschildert worden, nach der eigenen zu Protocoll gegebenen Aussagen des Angeklagten dargestellt, und nach ihnen ließ sich eine Entschuldigung seines Verfahrens, ohne ungerecht gegen die andre Partei zu sein, nicht wohl auffinden. Es kann nicht geleugnet werden, daß er durch dieses Verfahren und namentlich durch den seinen eigenen Glaubensgrundsätzen widerstrebenden Ausspruch: er würde es als einen Wink der Vorsehung, gehen zu dürfen, angesehen haben, wenn ihm bessere

Offerten gemacht worden wären, auch den gutgesinnten  
 Leuten in seiner Gemeinde ein gerechtes Mergerniß gege-  
 ben und einen Verdacht gegen seine Uneigennützigkeit  
 und gegen seine aufrichtige, demüthige und christliche  
 Denkungsart erregt hat; es kann dies von keinem geleug-  
 net werden, der die Leute der verschiedensten Stände in  
 Braunschweig über diese Sache gesprochen hat, denn  
 hierauf kommen sie immer zurück, indem sie versichern,  
 daß nur dieses, eines christlichen Lehrers unwürdige Be-  
 nehmen, sie wider Herrn Geibel eingenommen und es  
 ihnen unmöglich gemacht habe, sich ihm zutrauensvoll  
 zu nähern. Indem aber die Synode diesen Ausdruck  
 that, warf sie noch keinen Stein auf Herrn Geibel.  
 Sie konnte sich wohl vorstellen, wie er in der traurigen  
 Lage, in welcher er sich befand, zu einem solchen Fehl-  
 tritte geführt und durch die ihm entgegentretende Leiden-  
 schaftlichkeit seiner Widersacher immer tiefer hineingezogen  
 werden mochte; — aber damit, daß sie dieses anerkannte,  
 damit, daß ihr Herr Geibel offen seinen Fehler eingestand,  
 konnten doch die feindselig gestimmten Gemüther der  
 Gemeindeglieder nicht besänftigt und versöhnt werden;  
 es war der Synode unmöglich, von den Gegnern des  
 Herrn Geibel, die vielleicht mit liebloser Strenge immer  
 wieder auf diese gegebene Blöße hinwiesen, zu verlangen,  
 daß sie die Thatsache eben so vergessen und vergeben sollten, wie  
 sie die Synodalen vergeben oder entschuldigen mochten.  
 Wahrlich, nicht den sittlichen Charakter des Herrn Gei-  
 bel wollte die Synode angreifen, wie ihr Herr Dr.  
 Krummacher Schuld giebt, sondern nur der Wahrheit  
 wollte und mußte sie die Ehre geben, indem sie erklärte,  
 daß durch dieses unvorsichtige, strafbare Benehmen des

Predigers der Anklage seiner Feinde ein so mächtiger Vorschub geleistet sei, daß die heiligsten Interessen der Gemeinde gefährdet, und das Vertrauen der einzelnen Gemeindeglieder zu ihrem Seelsorger vernichtet worden; sie mußte, wie schmerzlich es ihr auch erscheinen mochte, eingestehen, daß Herr Geibel durch sein Benehmen verschuldet habe, daß die religiösen Bedürfnisse der Gemeinde nicht mehr befriedigt werden können, denn wo ein solches Mißtrauen, solche Leidenschaftlichkeit, solche Schmähungen, solches gegenseitige Richten und Aburtheilen die Gemüther der Gemeindeglieder beunruhigt, da kann der Zweck der Gemeinschaft unmöglich erreicht werden. Gewiß trägt Herr Geibel nicht allein die Schuld davon, daß sich die Gemeinde in dieser beklagenswerthen Lage befindet, aber er hat dieselbe doch durch sein Benehmen veranlaßt und seinen Gegnern solche Waffen wider sich in die Hände gegeben, daß es ihnen gelingen mußte, ihn stets von neuem aus der vertraulichen Gemeinschaft mit seinen Gemeindegliedern zu vertreiben.

Aus diesem Grunde also und nicht, wie Herr Dr. Krummacher S. 15 es darstellt, weil er seiner Gemeinde, die lieber einen Nationalisten möchte, nicht gefällt, sprach die Synode als Resultat ihrer Untersuchung aus: »sie halte es für rathsam und nothwendig, daß die Verbindung des Herrn Geibel und seiner Gemeinde auf irgend eine Weise (die sie nicht zu bestimmen vermochte), aufgelöst werde.« Wie aber kann Herr Dr. Geibel sagen S. 103, die Synode hätte, wäre sie unbefangen gewesen, sprechen müssen: Gerechtigkeit! es folge daraus, was da wolle! die Gemeinde mochte untergehen oder nicht! Also fiat justitia, pereat mundus! Ein Ge-

richt freilich mußte so sprechen, denn dieses soll nur nach dem Buchstaben des Gesetzes urtheilen; allein die Synode sollte als geistliche Behörde nicht einen Richterspruch thun, sondern ein Gutachten geben, wie der traurigen Spaltung möge abgeholfen werden; sie war es der Gemeinde schuldig, hierauf ihr Augenmerk zu richten. Wenn sie nun erkannte, das Herr Geibel durch sein Benehmen den ersten Grund zu der Spaltung gelegt, darf sie es da nicht als Gewissenssache von ihm fordern, daß er gehe und durch seine freiwillige Entfernung das Bestehen der Gemeinde und die Erlangung des Zweckes ihrer Vereinigung wenigstens möglich mache? Und wenn auch das Bestehen der Gemeinde, nachdem die große Mehrzahl ihrer Glieder ausgeschieden wäre, hätte gerettet werden können, so würde nur noch mehr Aergerniß, Feindschaft und Versündigung aller Art entstanden, und ein erbaulicher Zustand für diese, also constituirte Gemeinde auf viele Jahre unmöglich geworden sein. Herr Geibel hatte aber wiederholentlich und auf das bestimmteste erklärt, er werde nicht freiwillig gehen, sondern erwarten, daß man ihn mit Gewalt vertreibe. Es mochte ihm Gewissenssache sein; — wer aber kann es den Mitgliedern der Synode verdenken, wenn es ihnen als Troß oder Sucht, ein Märtyrer zu werden, vorkam, und sie nun um so viel mehr ein Recht zu haben glaubten, das »nothwendig« auszusprechen. Ich halte mit Herrn Dr. Geibel den Ausspruch, wie er dasteht, nicht für motivirt in dem Vorhergehenden, und fand mich daher auch damals durch mein Gewissen genöthigt, eine Protestation gegen diesen Ausdruck beizulegen. Eine innere moralische Nothwendigkeit scheint mir allerdings

vorhanden zu sein, indem ich es als eine Pflicht des Herrn Pastor Geibel ansehe, daß er geht; weil aber in der Schlußerklärung das »nothwendig« so verstanden werden könnte und vielleicht auch von mehreren Synodalen so gemeint ist, als ob ein Einschreiten von Seiten der weltlichen Obrigkeit gefordert werde, so mußte ich meinen dissensus dahin modificiren, daß mir die äußere Nothwendigkeit eines solchen Gewaltsschrittes, den ich für sehr beklagenswerth halten würde, nicht einleuchte, und ich also, wenn Herr Geibel sich in seinem Gewissen verbunden hält zu bleiben und dieses Opfer der Gemeinde zu versagen, nicht wisse, wie zu helfen sei; ich mußte also, gegen das nothwendig protestirend, doch anerkennen, daß ich es für wünschenswerth halte, daß dieses Band von Herrn Geibel selbst gelöst werde, da er es am ehesten und am leichtesten kann, der weltlichen Macht würde ich erst dann das Recht zugestehn, auf gewaltsame Weise einzugreifen, wenn die Gewissen der Gemeindeglieder beschwert und gezwungen würden, was bis jetzt nicht der Fall ist, da Herr Professor Petri die Erlaubniß hat, alle Amtsgeschäfte zu verrichten. Unter solchem Gewissenszwange der Gemeindeglieder verstehe ich aber nicht etwa, daß sie nicht hören, wonach ihnen die Ohren jucken, sondern daß sie die Belehrung, die Tröstung, die Mahnung und Ermunterung aus dem Munde eines Mannes hören sollen, gegen den ein, leider nicht ohne seine Schuld entstandenes Mißtrauen ihre Brust erfüllt. Die Gewissen wurden geehrt und zugleich das Recht des Einzelnen aufrecht erhalten worden sein, wenn die Synode den Vorschlag gemacht hätte, der nach meiner Meinung der einzige, zum Zweck führende gewesen wäre,

und zu dessen Ausführung die Regierung sicherlich hülfsreiche Hand geboten haben würde. Er ist dieser: Die Gemeindeglieder und zwar alle Hausväter und unabhängige Erwachsene in der Gemeinde hätten zusammenberufen, und nachdem man ihnen die Thatfachen der Wahrheit gemäß geschildert hätte, gefragt werden müssen, ob sie mit gutem Gewissen und freudigen Herzens dem Pastor Geibel als ihren Seelsorger sich nähern und ihm vertrauensvoll entgegen kommen könnten? Denen aber, die diese Frage verneinten, hätte man das Recht zugestehen müssen, unter Leitung der Synode nach Stimmenmehrheit einen neuen Prediger zu wählen, mit welchem denn freilich sein Einkommen zu theilen, Herr Pastor Geibel sich hätte gefallen lassen müssen. Es versteht sich, daß dazu auch das Gehalt, welches Herr Petri bisher gezogen hat, hätte genommen werden müssen, da dessen monatliche Predigten dann überflüssig würden geworden sein. Die Synode hat nicht dahin entschieden, weil eine solche Einrichtung immer große Schwierigkeiten dargeboten haben würde und weil zu befürchten stand, es möchte nach der Wahl eines neuen Predigers eine, alle Erbauung störende und verhindernde Polemik zwischen den beiden Geistlichen zum Ausbruch kommen. Es wäre allerdings möglich gewesen, daß sich ein solches Uebel aus jener Einrichtung entwickelt hätte; aber ist das kleinere Uebel nicht dem größeren vorzuziehen, an welchem die Gemeinde noch immer zu leiden hat und das vielleicht noch viel schlimmer sich gestaltet, wenn es ihr gelingt, die Entfernung des Predigers wider das Recht durchzusetzen?

Noch einen Einwurf habe ich zu begegnen. Man wird mich nemlich fragen können, wie ich es denn für

wünschenswerth halten könnte, daß Herr Geibel sein jetziges Amt verlasse, da ich mich selbst gegen die leichtfertige hyperrationalistische Tendenz und Lehrart des Hrn. Professor Petri erkläre und zu dem strengbiblischen Glauben des Herrn Geibel bekannt habe? Woher dieser Unterschied in den Ansichten, wenn wir in der Hauptsache, in der Lehre selbst, übereinstimmen? So wird mich nun zwar, wie ich anerkenne, mit Recht derjenige fragen, der nicht etwa, wie Herr Dr. Krummacher es zu thun scheint, ohne weiteres voraussetzt, die leidige Menschenfurcht und Menschengesälligkeit habe mich zu jenem Ausspruche veranlaßt. Meine Antwort ist folgende: Ich glaube, daß sich Herr Geibel in Beziehung auf diese Verschiedenheit unserer Ansichten in einem Irrthum befindet, in welchen er in seiner Lage leicht gerathen, dem ich aber meiner freieren und unabhängigeren Stellung in dieser Angelegenheit leicht entgehen konnte. Gewiß treibt ihn nicht die Sorge für sein irdisches Wohlergehen, zu bleiben, denn ließe er sich von solcher ängstlichen Sorge und von der Frage: Was werde ich essen, was werde ich trinken? bei seiner Handlungsweise leiten, so wäre er gewiß in die schwierige Lage, in welcher er sich befindet, nicht gerathen; er hätte sich vielmehr leicht durch Nachgiebigkeit und Verleugnen seiner Ueberzeugung jede unangenehme Berührung mit seinen Gegnern ersparen können; ihn treibt im Gegentheile eine, durch den Rath des Vaters und vieler seiner Freunde noch weit mehr befestigte, religiöse Ueberzeugung. Er hat sich gegen die Synode darüber also ausgesprochen: »Der Grund, warum er, selbst wenn er sich überzeuge, daß wirklich eine durchaus rationalistische Gesinnung seine

ganze Gemeinde belebe, dennoch nicht weggehen würde, sei, weil er sich stets bemühen werde, seine Ansicht, die er nicht in so fern sie die seinige, sondern in so fern sie die Bibelanficht sei, für wahr halte, überall zu verbreiten, wo er dazu Gelegenheit finde.“ Ich würde hier-  
nach es für Recht halten müssen, wenn er bliebe, sobald nur die Lehre angegriffen wäre: allein ich glaube, daß er eben der Lehre, welche zu verbreiten er sich berufen fühlt, in seiner jetzigen Stellung nur zu schaden vermag, da die Gegner die Lehre verunglimpfen, indem sie immer dabei auf seine begangenen Fehler und Mißgriffe als auf Früchte dieser Lehre hinweisen; ich glaube, daß er nicht nur diejenigen, die sich jetzt ungläubig seiner Lehre widersetzen, nicht gewinnen, sondern auch diejenigen, die eines Glaubens mit ihm sind, irre machen oder zu einer Leidenschaftlichkeit und einem unchristlichen Verfolgungsgeist wider seine Gegner treiben werde, welche zu zügeln, er selbst leicht zu schwach sein möchte. Wenn er sich also für berufen hält, die Bibelanficht und den christlichen Glauben zu verbreiten, so bin ich der Meinung, daß er in seiner jetzigen Lage seinen Beruf nicht so erfüllen kann, als wenn er durch das freiwillig gebrachte Opfer die, freilich schwere, Strafe für seinen begangenen Fehltritt auf sich genommen und demüthig getragen, und gerade dadurch seine und seiner Lehre Feinde beschämt und sie Lügen gestraft hätte, wenn sie behaupten, daß ein solcher christlicher Glaube, wie er ihn gelehrt, schlechte Früchte trage und sich eben durch diese Früchte als verkehrt, verderblich und irthümlich darstelle. Ich theile mit Herrn Weibel die Ueberzeugung, daß der Herr der Kirche seine Diener nach einer besonderen, weisen Für-



gung hie oder dorthin schickt, je nachdem Er sie mit den ihnen verliehenen Gaben gebrauchen will; daß Er auch Herrn Geibel als ein Rüstzeug ausgewählt hat, um in Braunschweig das Evangelium zu verkündigen; daß Er es war, der die Feinde dieses Evangeliums, die sich stets für weise und klug halten, also blendete, daß sie denjenigen, der sich in seiner Wahlpredigt offen als einen Anhänger desselben bekannte, wählen und so gleichsam mit sehenden Augen nicht sehen, mit hörenden Ohren nicht hören mußten — aber ich glaube auch, daß Herr Geibel nach jenem Fehler, bei dem er der Versuchung seines damals fleingläubigen Herzens unterlag, und nach den übrigen Mißgriffen, deren er sich schuldig machte, nicht mehr auf diese göttliche Berufung troßen durfte, daß es vielmehr, da seine Pflicht gewesen wäre, die Gemeinde, an welcher er sich versündigt hatte, zusammenzurufen, ihr demüthig seinen Fehler zu gestehen und es ihr dann zu überlassen, ob sie ihn als Geistlichen behalten wolle oder nicht. Dann machte er das Versehen wieder gut und durfte sich des Beistandes seines Herrn getrösten, der ihm ein besserer Schild wider die Angriffe und Verläumdungen der Feinde gewesen wäre, als der menschliche Anwalt, dessen Vertheidigung mit den Waffen des Rechts und der Geseze er sich übergeben.

Diese meine Ansicht, die ich brüderlich offen dem Herrn Pastor Geibel ausgesprochen und die hier wiederholen zu müssen, ich geglaubt habe, nicht sowohl um mich vor dem größeren christlichen Publicum zu vertheidigen, als um es möglich zu machen, daß diese wichtige Streitsache auch von denen richtig beurtheilt werden könne, die nicht mit den einzelnen Umständen bekannt

sind, — hat mich bewogen, zu erklären: » Daß ich es für wünschenswerth halte, daß das Band, welches Herrn Weibel mit seiner Gemeinde verbindet, gelöst werden möge.«

Es wird dem aufmerksamen Leser obiger Zeilen nicht entgangen sein, wie große Schuld an dem ganzen Streite und an dem bisherigen unglücklichen Verlauf desselben die Verfassung der Synode trägt, zu welcher die Braunschweiger Gemeinde gehört. Ich wage es deshalb, die Punkte noch einmal hervorzuheben und zusammenzufassen, welche sich bei dieser Synodal-Einrichtung als tadelnswerth dargethan haben, zugleich aber anzudeuten, wie sie etwa geändert werden könnten, theils um hierauf die Aufmerksamkeit der Mitglieder der Conföderation, welche nach einem einstimmigen Beschluß der in Braunschweig versammelten Deputirten in der nächsten Versammlung eine veränderte Verfassung erhalten soll, zu lenken, theils um dadurch die in neuester Zeit so mannigfach ausgesprochene Ansicht über die wünschenswerthe allgemeine Einführung der Synodalverfassung zu berichtigen.

Die Synode kann als geistliche Behörde, die für das Wohl der einzelnen Gemeinden Sorge tragen, ihr Bestehen sichern, über die in ihnen ausgebrochenen Streitigkeiten richten soll, diese Pflicht nicht erfüllen, sobald nicht ein gemeinsames Glaubensbekenntniß, nicht ein klares, kurz und bündig ausgesprochenes Disciplinargesetz (wie unsere Synode beides zur Zeit ihrer Gründung hatte) die Verbindung der einzelnen Gemeinden begründet. Beides kann viel leichter bei der Consistorialverfassung entbehrt werden, weil hier die juristische Form und die

Centralisation zu Hülfe kommt. Da nun aber eine Uebereinstimmung des Glaubens und mithin des Bekenntnisses namentlich in dieser bewegten Zeit nicht leicht wird herbeigeführt werden können, so thut es um so viel mehr noth, daß auf das genaueste die Rechte und Pflichten der Geistlichen bestimmt und ihnen bekannt gemacht werden; daß die Synode auf die Erfüllung jener und die Bewahrung dieser Bedacht nimmt, und dadurch beides erleichtert, daß sie, wenn auch nicht immer ein Examen so doch ein Colloquium mit dem neu-erwählten Geistlichen hält, bei welchem es möglich wird, ihn mit den Gesetzen und sich mit seinen Fähigkeiten und Ansichten bekannt zu machen. Um den Geschäftsgang zu erleichtern und eine größere Ordnung herbeizuführen, erscheint es sehr wünschenswerth, daß die Consistorialverfassung in so fern mit der Synodalverfassung vereinigt werden möge, als einem Ausschuss, etwa aus zwei Geistlichen und zwei Vorstehern bestehend, während der Zeit, in welcher die Synode nicht zusammen kommt, die Oberaufsicht und Leitung aller Angelegenheiten aufgetragen werden dürfte, denn so lange alles nur durch Circulare, wie bis jetzt, abgemacht wird, fehlt die, nur durch gemeinsame Verathung herbeizuführende Ueberlegung bei dem Abgeben und die nothwendige Kraft in der Ausübung der Beschlüsse. Was Herr Pastor Gericke (in seiner empfehlenswerthen Schrift: über Consistorialverfassung u. s. w., aus den vierteljährigen Nachrichten für Kirchen- und Schulsachen 1832 Heft 2, besonders abgedruckt) einer, etwa neu zu errichtenden absoluten Synodalverfassung ahnend voraus verkündigt: »Wenn nicht ein durchgreifender Wille da ist, der sich Achtung

zu verschaffen weiß, so löst sich das Ganze in seine einzelnen Theile auf, und selbst die Beschlüsse einer Synode werden von jeder einzelnen Gemeinde nur in so fern geachtet werden, als sie gerade ihren Ansichten zusagen — es hat sich bereits in unserer Synode gar oft als wahr bestätigt. Diesem großen Uebelstande muß auf irgend eine Weise abgeholfen und seiner Wiederholung etwa dadurch vorgebauet werden, daß man die Hülfe der Fürsten, als des obersten Bischofs, der wie in den Consistorien, so auch in den Synoden, in der Ausübung seiner Rechte als Oberhaupt der Kirche zu vertreten ist, in Anspruch nimmt. Auch dürfte es nothwendig sein, daß sich die Synode öfter als alle 6 Jahre, welche Einrichtung durch einen Beschluß im Jahre 1828 begründet worden ist, versammle, damit die also verbündeten Gemeinden durch ihre Deputirten in einen engeren Verkehr und einen lebhafteren Austausch ihrer Erfahrungen und Ansichten kämen. Mindestens alle zwei Jahre müßte eine Versammlung stattfinden, da die Kostspieligkeit solcher Zusammenkünfte um so weniger in Rechnung kommen kann, als unsere Kirchen in den ersten 50 Jahren ihres Bestehens, während welcher sie sich schwerlich in einer so günstigen finanziellen Lage, wie jetzt, befanden, regelmäßig von zwei zu zwei Jahren diese Versammlungen hielten. Auf jeden Fall aber müßte es dem Moderator und jenem vorhin angedeuteten Ausschusse zustehn, ja zur Pflicht gemacht werden, sobald wichtige Streitigkeiten in einer Gemeinde ausbrächen, die Versammlung an den Wohnort derselben zu berufen, damit zur rechten Zeit, ehe der Schade allzu groß und das Schisma unheilbar geworden ist, eine versöhnende oder strafende Ge-

walt eintrete. In jener vorhin erwähnten Schrift sagt Herr Gericke: »Es lasse sich überall keine Synode denken ohne eine Centralbehörde, welche sie zusammenberuft, sie leitet, ihre Beschlüsse bestätigt und in Ausführung bringt.« Unsere Synode ist nun ihrer Verfassung nach wirklich eine solche »undenkbare kirchliche Behörde,« und dieser Mangel an einer Centralbehörde ist es eben, welcher ihr so sehr alle Haltung nahm, daß eine so beklagenswerthe Erscheinung, wie die vorhin beschriebene, unter ihren Auspicien entstehen und sich also ausbilden konnte. Möchte dieses fühlbare Bedürfniß befriedigt und der Synode diejenige Form gegeben werden, welche sie befähigt, zum Schuß und Segen der Gemeinden, welche ihr anvertraut sind, zu wirken. In unserer Macht steht es, die Form zu ändern und nach unserer größeren Einsicht und Erkenntniß zu verbessern. Daß der rechte Geist, der Geist Gottes diese Form belebe und zum Heil der Gläubigen sie ganz und gar durchdringe und heilige, kann freilich nicht von uns bewerkstelligt werden. Das ist die Sache Gottes, des Herrn und höchsten Oberhaupts der Kirche; darum zu beten, um diesen größten Segen Ihn anzuflehen, sei dann unser stets wiederholtes Geschäft, und wenn wir diese Pflicht in demüthiger, treuer Gesinnung erfüllen, wollen wir getrost auf Ihn harren, der seine Verheißung, daß uns gegeben werden soll, was wir in dem Namen seines Sohnes und mit gläubigem Gemüth erbitten, auch an uns erfüllen wird!

---

## Anlage A.

### Gutachten

der zu Braunschweig in Angelegenheit des Hrrrn Pastor Geibel gehaltenen Synode.

Nachdem Sr. Durchlaucht der Herr Herzog von Braunschweig zu genehmigen gnädigst geruht, daß zur Untersuchung und Begutachtung der, gegen den Prediger der reformirten Gemeinde zu Braunschweig, Herrn Pastor Geibel, erhobenen religiösen Anschuldigungen eine Synodalversammlung der conföderirten reformirten Kirchen Niedersachsens hieselbst gehalten werde, so haben wir unterzeichnete Prediger und Vorsteher als Bevollmächtigte unserer Gemeinden zu Hannover, Bückeburg, Celle, Münden und Göttingen am 20. d. M. im Beisein eines, von Sr. Durchlaucht des Herrn Herzogs ernannten Commissarius, des Herrn Magistrats-Directors Bode, diese Synodalversammlung in der Kirche unserer Schwestergemeinde dahier eröffnet und seitdem der Untersuchung dieser, für alle Kirchen unserer Conföderation wichtigen Angelegenheit mit allem Ernst und Fleiße obgelegen.

Auf den Grund dieser Untersuchung geben wir unser Gutachten dahin ab, daß wir:

- 1) die, gegen den Pastor Geibel erhobenen religiösen Anschuldigungen, in Betreff der Lehrsätze selbst, um derentwillen er als Irrlehrer angeklagt worden, insofern nicht für genugsam begründet halten, als diese Lehrsätze zu den, unter den Theologen der reformirten Kirche noch unentschiedenen gehören;
- 2) daß wir aber in Betreff der Anwendung und Ausführung dieser Lehrsätze in seinen öffentlichen Vorträgen, nachdem wir ihn über seine Lehrweise befragt, einzelne von ihm uns vorgelegte Predigten gelesen und eine von ihm gehaltene Predigt selbst angehört haben, erklären müssen.
  - a. daß ihm die so nothwendige Pastoralweisheit fehle.

- h. daß er der Phantasie und dem Gefühle einen zu großen und gefährlichen Vorschub geleistet.
- c. daß er vorzugsweise jene oben bezeichneten Lehrsätze hervorgehoben, durch welche er besonders bei der ihm eigenthümlichen Art der Behandlung sich in offenbaren Widerspruch gegen seine Gemeinde gesetzt habe.
- 3) daß derselbe bei Gelegenheit seiner Unterhandlungen mit den Vorstehern der Gemeinde in Betreff seines etwaigen Rücktrittes aus seinem Verufe als Prediger dieser Gemeinde, durch eine, die heiligen Grundsätze des Evangeliums verletzende Art und Weise, den Willen Gottes nach den, mehr oder weniger annehmblichen äußern Weggründen, namentlich dem, ihm zur Abfindung zu bietenden Gelde zu deuten, der Gemeinde ein gerechtes Aergerniß gegeben und Verdacht gegen seine Denkart erregt hat.

Wir halten demnach dafür: daß die religiösen Bedürfnisse der reformirten Gemeinde dahier, unter den bestehenden Verhältnissen nicht befriedigt werden können und es deshalb für das Bestehen dieser Gemeinde rathsam und nothwendig sei, daß ihre Verbindung mit diesem, ihrem Prediger auf irgend eine Weise aufgelöst werde.

Geschehen zu Braunschweig in der versammelten Synode der vereinigten reformirten Kirchen Niedersachsens, unterzeichnet von den sämmtlichen anwesenden Deputirten dieser Synode, auch mit dem Synodalsiegel beglaubigt den 27. Juni 1832.

(L. S.)

(Folgen die Unterschriften.)

Nachdem der Pastor Hugues seine besondere Erklärung in Betreff des Gutachtens:

„Ich erkläre hiemit, daß ich insofern nicht mit dem  
 „allgemeinen Gutachten der Synode übereinstimme,  
 „als ich es wohl für wünschenswerth, nicht aber für  
 „nothwendig halte, daß das Band des Predigers Ge:  
 „bel und seiner Gemeinde gelöst werde, da kein Ge:  
 „wissenszwang ausgeübt wird.“

Hugues, Pastor.

beigelegt, wurden sämtliche Abschriften der Synodallacten verglichen und von dem Moderator und Secretarius unterzeichnet und unterschrieben, und damit die Synode geschlossen.

(L. S.)

(Folgen die Unterschriften.)

## A n l a g e   B.

### Kirchen-Unions- oder Vereinigungs-Acte von 1703.

Wir unterschriebene Prediger und Aeltesten der französischen und deutschen reformirten Kirchen zu Zell, Hannover, Hameln, Braunschweig, Bückeburg und Münden haben in der Absicht, die Reinigkeit der Lehre und des Lebens unter uns zu erhalten, für gut erachtet die gegenwärtige Kirchen-Vereinigungs-Acte zu machen, durch welche wir uns verbinden und ansehn, die Glaubensbekenntniß und Kirchendisziplin der reformirten Kirchen von Frankreich, zwei von unsern Vorfahren hinterlassene und uns anvertraute theure Beilagen, heilig und unverbrüchlich zu bewahren, uns untereinander beizustehen, uns auf eine besondere Weise als Glieder eines Leibes zu betrachten, und vermöge dieser Kirchen-Confoederation einen einigen Synodum oder Colloquium zu formiren, welche Versammlung wir, so oft als nöthig und möglich ist, zu halten uns bemühen wollen. Denn es ist gewißlich eine gefährliche Sache, wenn eine jegliche sonderbare Kirche sich allein nach eigenem Verstand regieren will, wie denn der Synodus nationalis, so 1644 zu Charenton gehalten worden, ganz recht angemerkt hat, daß auf diese Weise so viel Religionen, als Kirchspiele sind, entstehen könnten. Endlich versprechen wir vermöge des gedachten Glaubens-Bekenntniß unsern Landesherrn, welche uns mit einer christlichen und wahrhaftig väterlichen Gürtigkeit in ihre Lande aufgenommen haben, getreu und unterthänig zu sein und bleiben, wozu wir uns nicht allein durch die Grundsätze unserer heiligen Religion, sondern auch aus schuldigster Dankbarkeit für so viele von ihnen empfangenen Wohlthaten verpflichtet erkennen. In Ansehung der deutschen Kirchen,



welche nach ihrem Begehren in dieser Union:Acte begriffen sind, ist zugleich beschlossen worden, daß obschon dieselben in gewissen Fällen sich nicht allerdings an die Verordnungen der französischen Kirchen:Disciplin halten können, solches doch ihnen keinesweges hinderlich sein soll an der gedachten Union Theil zu haben, und als Glieder derjenigen Kirchen betrachtet zu werden, aus welchen ins künftige die nach Gottes Willen und mit hoher Landesobrigkeitlicher Erlaubniß zu haltende Synodi bestehen sollen. Geschehen im Synodo zu Hameln den 19. October 1725 an welchem Ort und Tage in öffentlicher Versammlung beschlossen worden, die nach obgesetzten Inhalt bereits anno 1703 im allerersten Synodo zu Hameln gemachte Union und Versprechen zu erneuern und von denen anwesenden Deputirten unterschreiben zu lassen.

## A n l a g e C.

### Kirchen:Vereinigungs:Urkunde von 1816.

Da es bisher in den von Zeit zu Zeit gehaltenen Synodal:Versammlungen hergebracht gewesen, daß von den Predigern und Vorstehern, von welchen solches nicht bereits auf einer vorhergehenden Synode geschehen, eine sogenannte Vereinigungs:Acte ist unterschrieben worden; so haben die zu der gegenwärtigen Synode in Braunschweig versammelten Prediger und Vorsteher, in Erwägung, daß jene ursprünglich für die französischen Kirchen verfaßte Acte, nach Erlöschung dieser Kirchen, den gegenwärtigen Umständen, und einem Verein: eine bloß deutscher Gemeinen nicht mehr angemessen sei, gertheilt, daß ein weiteres Unterschreiben derselben ihrem ganzen Inhalte nach, nicht wohl noch ferner statt haben könne; daß aber dieser altherkömmliche Gebrauch gleich wohl zu desto mehrerer Befestigung der Verbindung insofern allerdings beizubehalten sei, daß eine ähnliche zu dem nemlichen Zweck abgefaßte Urkunde auf der gegenwärtigen Synode von den dabei anwesenden Abgeordneten der Gemeinden, und in der Folge in jeder Synodal:Versammlung von den zum erstenmal bei derselben

erscheinenden Predigern und Vorstehern unterschrieben werden solle.

In Gemäßheit dieses von uns gefaßten Beschlusses verpflichten wir uns: daß wir, so viel an uns ist, diesen unter uns bestehenden Verein, seiner wesentlichen Einrichtung und Bestimmung nach immer aufrecht zu erhalten suchen, und zu dem Ende die demselben von den Hohen Landesregierungen verliehenen Gerechtsame sorgfältig bewahren, die Gesetze und Ordnungen desselben, wie sie uns von unsern Vorfahren überliefert, oder von Zeit zu Zeit auf den versammelten Synoden verfassungsmäßig festgesetzt worden, treu und gewissenhaft befolgen, und uns keine willkürliche Abweichungen davon erlauben; daß wir uns als Glieder eines engverbundenen Ganzen betrachten, und als solche fest zusammen halten, uns in allen Fällen, welche die Angelegenheiten und das Beste unserer Gemeinden betreffen, einander beistehen, nicht einseitig den Vortheil der einzelnen Kirchen, welchen wir angehören, dem Gesamtwohl vorziehen, sondern dieses allezeit zu unserm vornehmsten und unverrückten Augenmerk machen und auf Erhaltung und Beförderung desselben nach unserer besten Einsicht und Ueberzeugung stets bedacht sein, und überhaupt in dieser Hinsicht alles thun wollen, was redlichen Männern und Mitgliedern eines zu edeln und würdigen Zwecken geschlossenen Bundes nach Pflicht und Gewissen zu thun obliegt, und gebührt. Und wie wir uns in unserer gegenwärtigen Versammlung mündlich das Wort darüber gegeben haben, so haben wir zu mehrerer Bekräftigung desselben diese Vereinigungsurkunde eigenhändig unterschrieben, und wollen, daß sie abschriftlich den Protocollen der gegenwärtigen Synode einverleibt, in der Umschrift aber zum künftigen Gebrauch in dem Moderatur-Archiv niedergelegt werden soll.

Man bittet den geneigten Leser folgende den Sinn entstellenden Druckfehler vor dem Durchlesen zu verbessern. Sie sind in so großer Zahl stehen geblieben, theils weil der Verfasser die Correctur nicht selbst übernehmen konnte, theils weil die Eile des Druckes nothwendig erschien.

S. 6	3.	21 v. u.	statt	Calemberg l. Calenberg
» 12	»	6 v. u.	»	allen l. alle
» 25	»	23 v. u.	»	unterordnen l. unterorden
» 35	»	16 v. u.	»	jedem l. jeden
» 55	»	17 v. u.	»	diesem l. diesen
» 56	»	3 v. u.	»	habe l. haben
» 60	»	25 v. u.	»	privative l. privatim
» 62	»	10 v. u.	—	nicht ist auszustreichen.
» 65	»	2 v. v.	statt	liege l. liegt
» 71	»	11 v. v.	»	den errungenen l. den er errungen
» 73	»	2 v. v.	»	von rationalistischem l. vom rationalistischen
» 74	»	13 v. u.	»	dererwillen l. derentwillen
» 74	»	8 v. u.	»	deren l. der
» 77	»	4 v. v.	»	privative l. privatim
» 77	»	11 v. v.	»	hatte l. hätte
» 80	»	8 v. u.	»	hinwiesen l. hinweisen
» 81	»	8 v. v.	»	ihren l. ihrem
» 84	»	2 v. u.	»	einen l. einem
» 85	»	1 v. v.	»	könnte l. könne
» 85	»	16 v. u.	»	Stellung l. Stellung nach
» 88	»	6 v. u.	»	nicht l. und
» 90	»	23 v. u.	»	der l. des

Bei mir sind folgende theologische Werke verlegt und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Adlers, G. E., kurze Uebersicht seiner biblisch-kritischen Reise nach Rom. 16 Gr.

Trendelenburgs, W. R., Siona, poetische Darstellungen das N. T. betreffend. 16 Gr.

Geschichte einer Württembergischen Prophetin und ihres ersten Zeugen. Nebst Nachrichten über mehrere Pietisten und Separatisten, herausgegeben vom Abt Henke. 1 Rthlr. 4 Gr.

Hamelveld biblische Geographie. Aus dem Holländischen übersetzt von H. Jänisch. 3 Tble. mit Karten. 4 Rthlr. 16 Gr.

Jänisch, H., Entwurf zum ersten Unterricht in der Religion, für Kinder. Nebst einem Anhange von Gebeten und Liedern f. K. 4 Gr.

Mosheim, J. E., Origenes acht Bücher von der Wahrheit der christl. Religion wider den Weltweisen Celsus. Aus dem Griech. mit Anmerk. gr. 4. 2 Rthlr. 18 Gr.

Priestley, J., Geschichte der Verfälschung des Christenthums. Aus dem Engl. mit Anmerk. 2 Tble. 1 Rthlr. 16 Gr.

Reimarus, H. E., von den vornehmsten Wahrheiten der christl. Religion. 6te Auflage. Durchgesehen und mit Anmerk. von J. A. H. Reimarus. 1 Rthlr. 12 Gr.

Ruperti, R. G. A., theologische Miscellen. 4 Tble. 5 Rthlr. 8 Gr. Dessen Theologumena. 2 Tble. 1 Rthlr. 6 Gr.

Vida, Jesus Christus, ein Heldengedicht. Aus dem Latein. von J. D. Müller. 18 Gr.

Villers, R., Versuch über den Geist und den Einfluß der Reformation Luthers. Aus dem Franz. mit einer Vorrede vom Abt Henke. Eine gekrönte Preisschrift. 2te Aufl. 1 Rthlr.

Walther, B. E., die Religions- und Sittenlehre, in so fern wir sie durch den bloßen Gebrauch unserer Vernunft zu erkennen vermögen. 2 Rthlr.

Wegscheider, J. A. L., Versuch, die Hauptsätze der philosophischen Religionslehre in Predigten darzustellen. 18 Gr.

Dessen, über die von der neuesten Philosophie geforderte Trennung der Moral von der Religion. 8 Gr.

Dessen Ethices Stoicorum receptiorum fundamenta 10 Gr.

Dessen de Græcorum mysteriis relig. nod. obstructis. 8 Gr.

Hamburg, im November 1832.

August Campe.



